

Evangelische Kirche im Rheinland

...ist man vor Antisemitismus nur noch auf dem Monde sicher? Arbeitshilfe

Die von der Evangelischen Kirche im Rheinland vorgelegte Arbeitshilfe beleuchtet Geschichte und gegenwärtige Ausprägungen des Antisemitismus ausführlich. Dabei unterscheidet sie zwischen einem alten und neuen Antisemitismus und hilft mit dieser Klärung, gesellschaftliche und politische Erscheinungen einzuordnen. Die Rolle der Kirche wird klar definiert als eine, die im Licht der Rheinischen Synodalerklärung die Nähe zum Judentum bezeugt, sich theologisch mit der bleibenden Erwählung Israels und dem Judesein Jesu auseinandersetzt und aktiv Begegnung und Dialog sucht. Kirchengemeinde, Schule, Konfirmandenarbeit und Erwachsenenbildung bekommen so hilfreiche Informationen und Anregungen für die Arbeit vor Ort an die Hand.

Keywords: Interreligiöser Dialog, Judentum, Christentum, Evangelische Kirche im Rheinland, Antisemitismus, Aufklärung

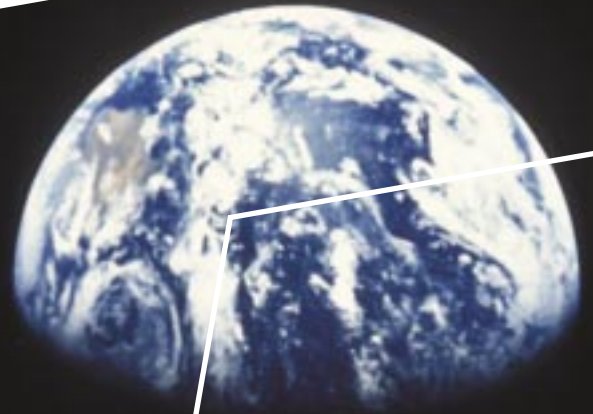
Quelle:

<https://www.ekir.de/www/downloads-archiv/ekir2007antisemitismus.pdf> (2024-06).



EVANGELISCHE
KIRCHE
IM RHEINLAND

**... IST MAN VOR
ANTISEMITISMUS
NUR NOCH AUF DEM
MONDE SICHER?**



ARBEITSHILFE

Vorwort

Der Titel dieser Arbeitshilfe lehnt sich an ein Zitat von Hannah Arendt an. Die jüdische Philosophin formulierte im Dezember 1941 im amerikanischen Exil den Satz, dass man vor dem Antisemitismus wohl nur noch auf dem Mond sicher sei. Dieser Einwurf Hannah Arendts gibt nach wie vor zu denken, denn der Antisemitismus – die Feindschaft gegen Juden, weil sie Juden sind – wächst wieder weltweit in bedrohlichem Ausmaß. Davon ist auch unsere Gesellschaft nicht ausgenommen. Dieses erschreckende Phänomen müssen wir nüchtern zur Kenntnis nehmen. Antisemitismus ist gewachsen, obwohl sich in unserem Land eine ebenfalls wachsende Erinnerungskultur entwickelte, die sich mit den Verbrechen an Jüdinnen und Juden, mit den jahrhundertealten Wurzeln des Antisemitismus und der Schoa auseinandersetzt. Auch das öffentliche Gedenken hat diese Entwicklung nicht verhindern können. Begegnungen mit und Zeugnisse von Betroffenen und ‚Zeitzeugen‘, historische und sozialpsychologische Analysen, pädagogische Anstrengungen in Schulen und in der Erwachsenenbildung haben es bisher trotz aller theoretischen und praktischen Erkenntnisse und trotz aller politischen Absichtserklärungen und kirchlichen Bekenntnisse nicht vermocht, jüdenfeindliche Gedanken, Worte und Taten zu verhindern und ganz aus der Welt zu schaffen.

Die Entscheidung der Evangelischen Kirche im Rheinland, sich in dieser Situation öffentlich zu äußern, ist nicht damit begründet, dass unsere Kirche über den Antisemitismus Erkenntnisse hätte, die anderen engagierten Menschen aus unserer Gesellschaft nicht zur Verfügung stünden oder die in der wissenschaftlichen Arbeit bisher übersehen worden wären.

Die Notwendigkeit einer kirchlichen Veröffentlichung entspringt der nach dem Zweiten Weltkrieg mühsam errungenen und bis heute nicht überall und umfassend akzeptierten theologischen Einsicht einer immer wieder auftretenden schändlichen Verflechtung von aus der Antike überkommener, später auch christlich-theologisch, philosophisch, naturwissenschaftlich und soziologisch begründeter Judenfeindschaft. Diese Verflechtung hat die mörderische Kraft der europäischen Judenfeindschaft massiv verstärkt, und sie hat damit zugleich die christliche Theologie weithin korrumpiert.

In diesem Sinne hat auch unsere Kirche 1980 im Rahmen des Synodalbeschlusses „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ bekannt, dass die Christenheit in Deutschland eine Mitverantwortung an der Schoa trägt und dass auch die christliche Lehre dazu beigetragen hat.

Die Kirche Jesu Christi kann ihre Identität nur aus und in der Verbindung mit dem Judentum gewinnen und erhalten. Der Gott Israels, wie er in den biblischen Schriften bezeugt ist, ließ durch den Juden Jesus von Nazareth, den Christus, auch die Völkerwelt – und so auch uns – an Gottes Segen, Bund und seinen Verheißungen gegenüber Abraham und dem Volk Israel teilhaben. Folgerichtig wurde die jüdische Bibel in die griechische Sprache übersetzt. Danach, im Laufe der ersten Jahrhunderte, bildete sich das Neue Testament heraus – gemeinsam mit der jüdischen Bibel unsere Heilige Schrift bis auf den heutigen Tag.

Es geht uns als Kirche bei der Überwindung antisemitischer Äußerungen und Taten in gleicher Weise um demokratische Rechtsstaatlichkeit, um das Grundrecht der Menschenwürde, um Gehorsam gegenüber Gottes Wort und Willen und um das Bekenntnis zu unserem Herrn Jesus Christus.

Die Broschüre, die Sie in Händen halten, ist im Auftrag der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche im Rheinland vom Ausschuss „Christen und Juden“ unter Beteiligung des „Ausschusses für Öffentliche Verantwortung“ unserer Kirche erarbeitet worden. Die Texte sind als Argumentations- und Arbeitshilfe für den Gemeinde- und den Schulalltag sowie für die kirchliche Erwachsenenarbeit bestimmt. Sie finden neben grundsätzlichen Bemerkungen auch Anregungen für die Praxis und weiterführende Literatur und Adressen.

Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit, wünsche Ihnen dazu Gottes Segen und grüße Sie herzlich!

Nikolaus Schneider

Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland
Düsseldorf, im Dezember 2006

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Zur Entstehung dieser Arbeitshilfe	6
Wie mit der Arbeitshilfe arbeiten	7
1. Bestandsaufnahme: Antisemitismus heute	9
1.1 Was ist Antisemitismus?	9
1.1.1 Antisemitismus und Antijudaismus	9
1.2 Antisemitismus als negatives Kulturerbe	10
1.2.1 Vorurteilmuster im kirchlich-religiösen Bereich	10
1.2.2 Vorurteilmuster im kulturellen Bereich	11
1.2.3 Wurzeln des Antisemitismus' in der Mitte der Gesellschaft	12
1.2.3.1 Die Macht der Vorurteile	13
1.2.3.2 Die Debatte um eine „Nationale Identität“	14
1.2.4 Vermengung antijüdischer Klischees mit der Kritik an der Politik des Staates Israel und das Heranziehen von Geschichtsvergleichen	15
1.3 Ein „neuer“ Antisemitismus	17
2. Unsere christliche und staatsbürgerliche Verantwortung	19
3. Impulse für ein Denken, Reden und Handeln jenseits der Judenfeindschaft	21
3.1 Genau hinsehen – konkret benennen – unterscheiden lernen	21
3.2 Lernfelder	22
3.2.1 Theologische Lernfelder	22
3.2.1.1 Christliche Existenz ohne Antijudaismus	22
3.2.2 Gesellschaftspolitische Lernfelder	22
3.2.2.1 Jüdische Deutsche und Israelis	22
3.2.2.2 Jüdische Religion und israelische Politik	23
3.2.2.3 Israelische Politik und deutsche Geschichte	23
3.2.2.4 Wichtige Aspekte im israelisch-palästinensischen Konflikt	24
3.2.2.5 Der israelisch-palästinensische Konflikt und unsere Betroffenheit	25
3.3 Handlungsfelder: Impulse für ein Miteinander	26
3.3.1 Unser Zusammenleben mit jüdischen Menschen hierzulande	26
3.3.2 Einstellung zum Staat Israel	27
3.3.3 Einüben des Erinnerens vor Ort	27
4. Statt eines Schlusswortes ein Hinweis auf das Naheliegende: Das eigene Denken, Reden und Handeln kritisch prüfen	29

Anhänge	30
A. Glossar:	30
Einige judenfeindliche Klischees näher erläutert	
1. „Die Juden“ und die Erwählung	30
2. „Die Juden“ und die Kreuzigung Jesu	30
3. Der Gott der Juden: Ein Gott der Rache?	31
4. „Auge um Auge – Zahn um Zahn“ als typisch jüdische Lebenseinstellung?	32
5. „Die Juden und das Geld“	33
6. Israelische Politik und biblische Landverheißung	33
7. Israel – ein Apartheidstaat?	34
8. „Die Juden“ und die angebliche Weltverschwörung	34
9. „Die Juden müssen moralisch besser sein“	35
B. „Vom Antijudaismus zum Antisemitismus“.	36
Ein knapper historischer Rückblick	
1. Vorrede	36
2. Von der Antike bis zum späten Mittelalter	36
3. Die Neuzeit	39
4. Die Zeit des Nationalsozialismus'	42
5. Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg	44
C. Die Synodalerklärung der Evangelischen Kirche im Rheinland von 1980: Erklärung zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden	47
D. Eine Checkliste für Gemeinde und Schule	49
E. Literaturangaben und Internetadressen in Auswahl	50
F. Einige hilfreiche Adressen	52

Zur Entstehung dieser Arbeitshilfe

Die vorliegende Arbeitshilfe hat verschiedene Stadien durchlaufen. Die Texte wurden in verschiedenen Gremien vorgestellt und diskutiert. In der Entstehungszeit der Arbeitshilfe wuchsen verschiedene Einsichten, die es wert sind, an dieser Stelle genannt zu werden:

1. Wie kaum ein anderes Thema ist Antisemitismus emotional besetzt. Einige der Gründe dafür werden in den folgenden Ausführungen genannt. Der wichtigste Grund liegt darin, dass wir in Deutschland geschichtlich wie auch kulturell mit antisemitischen Denkmustern in Berührung stehen. Gleichzeitig werden wir konfrontiert mit den Schattenseiten unserer christlichen Tradition, z.T. mit unserer eigenen Familiengeschichte und auch mit den eigenen Vorurteilen. So oder so rückt uns dieses Thema "auf den Leib". Dieser Umstand löst unterschiedlichste Reaktionen von Scham bis hin zu Widerständen aus. Der Umgang mit einem emotional besetzten Thema bietet daher Gefahren, um die man wissen sollte. Eine ist die, dass es sehr schnell zu Vermischungen kommen kann. Eigene Betroffenheiten bis hin zu eigenen Widerständen geraten mit Einzelaspekten des Themenkomplexes "Antisemitismus" durcheinander. Nicht selten kommt dabei am Ende ein "verheddertes Wollknäuel" heraus.
2. So emotional die Diskussion bei diesem Thema ist, so schwer ist es manchmal auch, z.B. in Diskussionen einen Konsens in der Sache zu erlangen, da neben einer eigenen emotionalen Beteiligung die Wahrnehmung und Beurteilung antisemitischer Tendenzen schwankt, die öffentliche Wahrnehmung von antisemitischen Vorfällen zum Teil sehr kurz ist und es immer zu Überlagerungen in der öffentlichen Diskussion durch aktuelle Entwicklungen im Nahost-Konflikt kommt.
3. In der Einsicht, dass eine Schrift mit einer längeren Entstehungsdauer immer Ereignissen nachläuft, ist die Arbeitshilfe letztlich eine Momentaufnahme, die nicht den Anspruch in sich trägt, alle Aspekte im umfassenden Sinne berücksichtigt zu haben.
4. Schließlich eine letzte Einsicht, die einen ganz anderen Aspekt anspricht: Indem sich diese Arbeitshilfe auf das Thema der Judenfeindschaft konzentriert, kommen Juden und Jüdinnen ausschließlich als Opfer vor. Ist es auch der Sache angemessen, im Hinblick auf den Antisemitismus jüdische Menschen als Opfer und das heißt als Objekte des Handelns und Redens anderer zu sehen, so soll an dieser Stelle einem möglichen Missverständnis entgegengetreten werden: Bürger und Bürgerinnen jüdischen Glaubens hier in Deutschland oder anderswo sollen damit nicht auf eine Opferrolle festgelegt werden. Das wäre auch wieder ein Klischee, das – wie es Klischees an sich haben – der Wirklichkeit nicht gerecht werden würde. Es widerspräche auch jüdischem Selbstverständnis, das neben der geschichtlichen Erfahrung des Opferseins auch die andere Erfahrung kennt: selbstbewusst und gestaltend und d.h. als Subjekt das individuelle, gesellschaftliche und staatliche Leben zu leben.

Wie mit der Arbeitshilfe arbeiten?

Die vorliegende Arbeitshilfe versteht sich als grundlegende Informationshilfe für diejenigen, die sich in Gemeinde und Schule, auf Tagungen und in der Erwachsenenbildung sowie im Kontext unterschiedlicher Medien herausgefordert sehen, über das Thema Antisemitismus zu sprechen, zu arbeiten und aufzuklären.

Die Arbeitshilfe ist unter didaktischen Gesichtspunkten kein Arbeitsheft und ersetzt keine Materialien (Text-, Bild- und Filmquellen, etc.). Gleichwohl kann sie als Ganzes oder in Auszügen als Arbeits- und Diskussionsgrundlage genutzt werden.

Als Beispiele sind zu nennen:

- Arbeit mit einzelnen Zitaten, Bildern bzw. Karikaturen
- Arbeit mit einzelnen Teilen des Glossars
- Arbeit an einzelnen Aspekten der angeführten Lern- und Handlungsfelder
- Weiterarbeit durch Analyse von Zeitungsberichten, politischen Kommentaren auf dem Hintergrund der ausgeführten Impulse und Kriterien
- Aufgreifen einzelner Themen, die im Kontext der Antisemitismusdebatte eine Rolle spielen: z.B. Vorurteile, nationale Identität

Schließlich gibt es am Ende einiger Kapitel und Unterabschnitte Verweise auf andere Teile der Arbeitshilfe bzw. auf weiterführende Literatur.

Passende Quellen, oft schon didaktisch aufbereitet, findet man leicht und preiswert zugänglich im Religions-, Geschichts- und Politikprogramm der Schulbuchverlage.

Einige Tipps unter vielen Angeboten:

- Unterrichtsmaterialien: Religion betrifft uns, Nr. 5, 2004, „Warum Anne Frank sterben musste“ – Entwicklung und Formen christlicher Judenfeindschaft (Verlag Bergmoser+Höllner)
- Unterrichtsmaterialien: Geschichte betrifft uns, Nr.6, 2000, „Geschichte des jüdischen Volkes“ (Verlag Bergmoser+Höllner)
- Materialien für Schulen aus dem Jüdischen Museum Berlin. Das Jüdische Museum Berlin stellt sich mit dieser Reihe als außerschulischer Lernort vor. Bestellungen und Info: Stiftung Jüdisches Museum Berlin, Frau Naujoks; Lindenstraße 9-14 10969 Berlin; E-Mail m.naujoks@jmbberlin.de
- *Erinnern für Gegenwart und Zukunft. Überlebende des Holocaust berichten.* Hg. Shoah-Foundation. Diese CD-ROM wurde im Auftrag der von Steven Spielberg gegründeten Survivors of the Shoa Visual History, gemeinnützige GmbH, speziell für den Unterricht an deutschen Schulen entwickelt. Die CD-ROM bietet einen interaktiven, biographischen Zugang und ist aufwändig gestaltet. (Cornelsen-Schulbuchverlag, 14328 Berlin)
- *Geschichte der Juden in Deutschland. Eine Quellensammlung.* Hg. M. Wolffsohn u. Uwe Puschner (Oldenbourg/ bsv Verlag Rosenheimer Straße 145, 81671 München)

Vergleiche zusätzlich das Literaturverzeichnis und die angeführten Internetadressen!

Zusätzlich sollen an dieser Stelle noch einige mögliche Zielsetzungen für die Beschäftigung mit dem Themenbereich benannt werden:

- Die Erkenntnis, dass Rassismus im Allgemeinen, Antisemitismus im Besonderen eine prinzipielle, freiwillige Entscheidung von Menschen ist, nicht „naturegegeben“ und nicht auf historische „Unfälle“ zu reduzieren und somit erkannt werden kann und bekämpft werden muss.
- Die Erkenntnis, dass der Antisemitismus historisch-politische, kultur- bzw. sozialgeschichtliche und theologische Ursachen hat und diese benannt werden können.
- Das Wissen, dass außerhalb Israels Bürger und Bürgerinnen jüdischer Herkunft Staatsangehörige ihrer jeweiligen Heimatländer sind und sie im politischen Gespräch nicht als Israelis angesprochen werden sollten.
- Die Erkenntnis, dass es einen offenen wie verdeckten Antisemitismus gibt.

- Die Bereitschaft, mittels einer differenzierten Auseinandersetzung eine kritische Einstellung gegenüber Vorurteilen aufzubauen und zwischen Mythen bzw. Klischees und Wirklichkeit zu unterscheiden.

Im Anhang befindet sich dazu eine „Checkliste“ für Gemeinde und Schule, die wichtige Aspekte bündelt.

Die Kirchenleitung freut sich, wenn Sie Ihre Erfahrungen mit dem Gebrauch dieser Arbeitshilfe mit ihr teilen.

Zuschriften richten Sie bitte an:
Oberkirchenrat Wilfried Neusel,
Leiter der Abteilung III (Ökumene, Mission, Religionen) im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland,
Hans-Böckler-Straße 7, 40476 Düsseldorf,
E-Mail wilfried.neusel@ekir-lka.de

Peter Andersen

Ausschuss Christen und Juden

Wilfried Neusel

Oberkirchenrat

1. Bestandsaufnahme: Antisemitismus heute

1.1 Was ist Antisemitismus?

„Der Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden.“

Theodor W. Adorno, *Minima Moralia*,
Frankfurt a.M. 1984 S. 141

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Antisemitismus zu umschreiben, da er in unterschiedlichen Facetten in Erscheinung tritt: z.B. in öffentlichen Äußerungen von Politikern, in beiläufigen Bemerkungen und angesichts von geschändeten Grabsteinen. Er nährt sich aus unterschiedlichen Vorurteilen, kombiniert sie in verschiedenen Variationen, kommt mal polternd daher und dann wieder nur in subtilen Anspielungen. Aber wie er auch erscheint: Der Antisemitismus ist nichts anderes als eine Feindschaft gegen jüdische Menschen, weil sie Jüdinnen und Juden sind.

Während des Sechs-Tage-Krieges im Juni 1967 treffen sich zwei Männer auf der Straße. Der eine sagt auf die Frage, warum er so glücklich dreinschaue, er habe gerade vernommen, dass die israelische Luftwaffe sechs Flugzeuge sowjetischer Bauart abgeschossen habe. Am nächsten Tag ist er noch vergnügter, weil die Israelis acht MIG-Jäger ausgeschaltet haben. Am dritten Tag ist er unglücklich. Sein Freund fragt teilnahmsvoll, ob die Israelis heute keinen militärischen Erfolg gehabt hätten. Doch, antwortet der, aber jemand hat mir mitgeteilt, dass die Israelis Juden sind.

Ein Witz erzählt von Uri Avnery, Vertreter der israelischen Friedensbewegung Gush Shalom, zitiert nach Wolfgang Benz, Was ist Antisemitismus? München 2004, S. 234

1.1.1 Antisemitismus und Antijudaismus

In der wissenschaftlichen Diskussion wird oft zwischen Antisemitismus und Antijudaismus unterschieden. Antijudaismus ist die christliche Form der Judenfeindschaft, die z.T. aus einzelnen Abschnitten des Neuen Testaments hergeleitet und dann besonders in der christlichen Theologie vorzufinden ist. Sinnvoll ist eine solche Differenzierung der Begriffe sicherlich insofern, als dadurch die besonderen Konturen einer christlich begründeten Judenfeindschaft zum Ausdruck kommen. Andererseits hat eine Differenzierung der Begriffe letztlich auch etwas Künstliches, da es einen Zusammenhang gibt: Die „religiöse Diffamierung, die gesellschaftliche Ächtung und schließlich die physische Vernichtung der Juden“ liegen auf einer Linie (Hans-Joachim Lwand, Umkehr und Wiedergeburt. In: H.Gollwitzer u.a. (Hg.) Nachgelassene Werke Band 2, München 1966, S.362). Judenfeindschaft bleibt Judenfeindschaft – ganz gleich in welcher Gestalt und mit welcher Begründung sie sich äußert.

1.2 Antisemitismus als negatives Kulturerbe

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der organisierte Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich geächtet und verboten (vgl. die Entwicklung in der Rechtsprechung). Trotz vieler wichtiger Lernprozesse tauchen aber immer wieder antisemitische Klischees und Denkstrukturen auf. Dies geschieht in der Regel auf beiläufige Weise in Gesprächen, Reden und Kommentaren in den Medien.

Im Alltag genügen z. B. nur Anspielungen auf antisemitische Klischees und „man“ weiß sofort, was gemeint ist. Dieser beiläufige Antisemitismus ist manchmal offensichtlich, manchmal auch subtil oder versteckt.

Diese Erfahrung macht deutlich, wie sehr wir als Deutsche und eben auch als Christinnen und Christen durch unsere kulturellen Wurzeln nach wie vor mit judenfeindlichen Denkstrukturen und Klischees in Berührung sind.

Das „Erbe“ wiegt in Deutschland schwer. Auch wenn die nachgeborenen Generationen keine Schuld für die Verbrechen während des Nationalsozialismus trifft, befinden wir uns doch in einem geschichtlichen Kontext, aus dem wir uns nicht herauslösen können und für den wir Verantwortung tragen. Der Antisemitismus gehört immer noch zu unserer Alltagswelt.

So stellt sich die Frage, wie wir damit umgehen.

In vier wichtigen Zusammenhängen sind diese antisemitischen Spuren zu beobachten:

- im **kirchlich-religiösen** Bereich im Fortleben alter Vorurteilmuster (1.2.1.)
- im **kulturellen** Bereich in der unbewussten oder unkritischen Überlieferung und Übernahme judenfeindlicher Klischees (1.2.2.)
- im **gesellschaftlichen** Bereich in der Debatte um eine nationale Identität und in dem Streben nach „Normalisierung“, um die Verantwortung für die Folgen der Judenvernichtung abzuwehren (1.2.3.)
- im **politischen** Bereich in der Vermengung judenfeindlicher Klischees mit einer Kritik der Politik der Regierungen des Staates Israel (1.2.4.).

1.2.1 Vorurteilmuster im kirchlich-religiösen Bereich

Viele antijüdische Mythen wie der Ritualmordvorwurf, der Vorwurf der Hostienschändung oder der Vorwurf der Brunnenvergiftung werden heutzutage zwar kaum noch geglaubt. Aber religiöse Vorurteile über Juden und Jüdinnen sowie über das Judentum haben sich trotz aller Aufklärung hartnäckig gehalten und tauchen immer wieder auf.

Auch heute noch sind folgende kirchlich-religiöse Klischees anzutreffen (vgl. dazu auch Anhang A.):

- Die Behauptung, der „Gott der Juden“ sei ein rachsüchtiger Gott, das Judentum überhaupt eine Religion der Vergeltung und dem gegenüber das Christentum die Religion der Vergebung und der Gott Jesu Christi ein Gott der Liebe.
- Im Zusammenhang damit das Vorurteil, das Judentum sei eine „Gesetzesreligion“, demnach also moralistisch, einengend, unfrei. „Gnade“ und „Evangelium“ gelten häufig immer noch als Gegenbegriffe zum „Gesetz“.
- Daraus folgt die Vorstellung, das Judentum sei durch das Christentum überholt bzw. ersetzt bzw. Gottes Bund mit Israel sei aufgekündigt (vgl. dazu die Verwendung der Gegensatzpaare „Alter Bund – Neuer Bund“, „Altes Testament – Neues Testament“, die einem solchen Verständnis Vorschub leisten).
- Auch wenn es nicht mehr so verbreitet ist wie früher, gelten „die Juden“ für manche nach wie vor als diejenigen, die Jesus ermordet haben: „die Juden“ als „die Gottesmörder“.
- Die biblisch-theologische Rede von der Erwählung Israels wird immer noch als Ausdruck eines elitären Selbstverständnisses von Arroganz und Überheblichkeit missverstanden. Sie gilt dann als Mittel der Selbstabgrenzung und -erhöhung.

- Das Judentum wird nicht in seiner Vielfalt gesehen, sondern vorwiegend als orthodoxes Judentum wahrgenommen und die fremdartige äußere Erscheinung ultrorthodoxer Juden als Typus des Juden schlechthin angesehen.
- Neue Klischees sind im Anfangsstadium der feministischen Theologie (z.B. die Rede von Jesus als dem „neuen Mann“ im Gegensatz zum „patriarchalischen“ Judentum) und in der Befreiungstheologie (z.B. durch die Vereinnahmung des Volk-Gottes-Begriffs oder der Exodus-Tradition für die Armen) zu finden.

Das alles hat letztlich zur Folge, dass Juden und Jüdinnen bzw. das Judentum als nicht zugehörig zum christlich-abendländischen bzw. europäischen politisch-kulturell-religiösen Kontext gelten.

❖ Vgl. dazu das Glossar A: Einige judenfeindliche Klischees näher erläutert

1.2.2 Vorurteilmuster im kulturellen Bereich

Jenseits der christlichen Tradition ist der Antisemitismus Teil unserer Kultur.

Der Antisemitismus „ist, wie gesagt, Bestandteil dieser Kultur. Antisemitische Bilder werden vererbt – nicht genetisch, aber über die Kultur, über die Familie, über die Sprache. Etwa bei Wilhelm Busch: ‚Kurz die Hose, lang der Rock, / krumm die Nase und der Stock, / Augen schwarz und Seele grau, / Hut nach hinten, Miene schlau – / So ist Schmulchen Schievelbeiner. / (Schöner ist doch unsereiner).‘ Das ist klassischer Antisemitismus. So was kann man in Fibeln lesen. Das prägt Bewusstsein, und vielleicht sogar das Handeln der Menschen. Das soll man nicht unterschätzen.“

Interview mit Julius Schoeps, Leiter des Moses Mendelssohn-Zentrums für europäisch-jüdische Studien in Potsdam, Die Tageszeitung 25.10.2002

Am einfachsten lässt sich das anhand unserer Sprache festmachen. Wer kennt sie nicht – diese Redewendungen: „Jüdische Hast“, „handeln wie ein Jud“, „...es geht zu wie in einer Judenschule“, „falscher Jakob“ oder „bis zur Vergasung“, um nur einige zu nennen. Diese Redewendungen gehören nach wie vor zum allgemeinen, zumindest passiven deutschen Wortschatz.

Wird bei dieser Sprache offensichtlich, wie tief die Judenfeindschaft in unserer Kultur verwurzelt ist, so ist antisemitisches Denken manchmal auch verdeckter.

Dies zeigt sich speziell in Musik, Literatur und Bildender Kunst. Passionsdarstellungen wie z.B. die Passionen von Johann Sebastian Bach sind geeignet, bei unkritischem Hören und Sehen die traditionelle Vorstellung, „die“ Juden hätten Jesus umgebracht, am Leben zu halten oder gar neu zu wecken.

Ein prominentes – und aufgrund einer weltweiten Anhängerschaft – immer noch gefährliches Beispiel stellt Richard Wagner dar. In einer Studie zu Richard Wagner hat der britische Historiker Paul Lawrence Rose festgestellt, dass sich Judenfeindschaft wie ein roter Faden durch praktisch alle Opern Wagners zieht. Das geschieht auf sehr subtile Art und Weise. So lässt Wagner in seinen Opern ganz

bewusst nicht direkt erkennbare jüdische Charaktere auftreten. Denn – so Rose – Wagner wollte „mit seiner Kunst vor allem auf das Unterbewusstsein des Publikums einwirken. Figuren mit jüdischen Namen in die Opern einzuführen, hätte diese nach seiner Auffassung zu sehr in die Nähe gesellschaftskritischer Schriften gerückt und so ihrem Kunstwerkcharakter geschadet. Nicht der Verstand sollte angesprochen werden, sondern die Emotionen, die Phantasie und, nicht zuletzt, die religiösen Bedürfnisse. Rational fassbar und klar zu sein, galt als undeutsch: Der echte deutsche Zuschauer würde intuitiv erfassen, was Wagner ihm in der Oper mitteilen wollte und nach der Vorstellung innerlich verwandelt und gereinigt nach Hause gehen, vielleicht sogar, ohne sich dessen bewusst zu sein.“ (Paul Lawrence Rose, Richard Wagner und der Antisemitismus, Zürich 1999, S. 261). Entsprechend lässt Wagner Figuren auf der Bühne erscheinen, „die man als jüdische Karikaturen bezeichnen könnte“ (ebd. S. 263): z.B. Beckmesser (Meistersinger), Alberich (Ring), Klingsor (Parcival), Kundry (Parcival) oder „Der fliegende Holländer“.

1.2.3 Wurzeln des Antisemitismus' in der Mitte der Gesellschaft

Für uns ist wichtig festzuhalten, dass Antisemitismus auch heute in der Mitte der Gesellschaft – im bürgerlichen Milieu – und nicht nur an ihren Rändern entsteht.

Ergebnisse der GMF-Umfrage Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland von 2004

Zustimmungen („stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“) bei folgenden Aussagen:

- „Die Juden“ haben in Deutschland zuviel Einfluss: 21,5 Prozent
- „Die Juden“ sind durch ihr Verhalten an ihren Verfolgungen mitschuldig: 17,4 Prozent
- Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören: 62,2 Prozent
- Durch die israelische Politik werden mir „die Juden“ immer unsympathischer: 31,7 Prozent
- Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen „die Juden“ hat: 44,4 Prozent
- Deutsche Staatsangehörige jüdischer

Herkunft hierzulande interessieren sich mehr für israelische als für deutsche Angelegenheiten: 47,8 Prozent

Heyder, A. u.a., Israelkritik oder Antisemitismus, In: Deutsche Zustände Folge 3, Frankfurt a.M. 2005, S. 151

Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gehen dabei zumeist Hand in Hand. Ein gesellschaftliches Klima, das fremdenfeindliche oder antisemitische Vorurteile duldet oder gar unterstützt, ermöglicht vielfach erst antisemitische Äußerungen an den Rändern der Gesellschaft. Zumindest aber bestärkt es antisemitisches Denken und Verhalten, indem es das Bewusstsein verschafft, im Auftrag der wahren Interessen der Bevölkerung zu handeln. Dies ist das Ergebnis neuerer empirischer Untersuchungen (siehe Kasten). Sie nötigen uns dazu, darüber nachzudenken, was in der Mitte der Gesellschaft geschieht und nicht nur an ihrem rechten Rand. Rechtes Gedanken- und Fremdenfeindlichkeit ist auch in bürgerlichen Kreisen anzutreffen. Das unterschwellige antisemitische Vorurteil, das gutbürgerlich – sozusagen „in Anzug und Schlips“ – auftritt, ist ebenso wenig harmlos wie die offene antisemitische Parole rechtsradikaler Träger von Springerstiefeln.

Zwei Beispiele aus dem Alltag von Pfarrern der rheinischen Kirche:

Auf die Frage, wie es seinem Sohn auf der Suche nach einer Promotionsstelle ergehe, berichtet der Nachbar, dass sein Sohn eine zunächst in Aussicht gestellte Stelle nicht bekommen habe. In dem Auswahlverfahren für die raren Stellen sei ein ausländischer Student vorgezogen worden. Der wahre Grund der Bevorzugung sei aber nicht die Tatsache, dass dieser Student Ausländer sei. Er sei Jude...

Auf die kritische Frage, wie man bei leeren Kassen die Restaurierung des unter Denkmal stehenden Synagogengebäudes am Ort seitens der Kommune zu finanzieren gedenkt, antwortete der das Projekt durchaus vorantreibende Bürgermeister mit dem Hinweis auf Zuschüsse, denen sich auch kommunale Gremien nicht versagen werden: „Das muss noch durch die Gremien, aber das geht schon. Gegen Juden wird man schon nichts sagen!“

1.2.3.1 Die Macht der Vorurteile

Verdeckter Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft trägt dazu bei, ein Klima gesellschaftlicher Akzeptanz zu schaffen, das offenen Antisemitismus erst ermöglicht.

Die Untersuchungen zu Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zeigen, dass die Entrüstung in der Gesellschaft gegenüber rechtsextremistischen Gewalttaten sich primär auf die Gewalttätigkeit der Tätergruppe bezieht. Breite Empörung der Öffentlichkeit über Diskriminierungen von Bevölkerungsgruppen entsteht offenbar erst dort, wo diese öffentlich mit physischer Gewalt einhergehen. Nicht gegen die Diskriminierung an sich richtet sich also der Unmut der Öffentlichkeit, sondern gegen die gewalttätige Form, in der sie sich ausdrückt. Ein wesentlicher gesellschaftlicher Auftrag ist, sich mit solchen Formen von Unterstützungssystemen auseinanderzusetzen, die Diskriminierung dulden oder durch Vorurteile fördern. Das gilt überall dort, wo Vorurteile offen genährt werden. Es gilt aber auch dort, wo sie sich, den Sprechenden oft selbst nicht bewusst, nur in der Sprache verraten, selbst bei jenen, die den Vorwurf des Antisemitismus weit von sich weisen würden.

Welche Funktion erfüllen Vorurteile für diejenigen, die sie prägen, übernehmen und verbreiten?

Vorurteile sind zäh. Sie nähren sich von der Verallgemeinerung nicht verallgemeinerbarer Einzelerfahrungen, von Zuschreibungen und Projektionen, von unüberprüften „on dit“ (Gerüchten), von hartnäckig auch nach ihrer Widerlegung noch weitergetragenen Falschmeldungen, von unzulässigen Vermischungen, von argumentativen Verschiebungen usw. Die Vielfalt ihrer scheinargumentativen Strategien könnte denjenigen mutlos werden lassen, der sie bekämpfen will.

Das Vorurteil meidet die Differenzierung. Es lebt davon, dass es die Welt einteilen kann in Gut und Böse, in Schwarz und Weiß. Es lebt davon, dass, wer sich dem Vorurteil anschließt, sich auf der Seite des Guten befindet. Das Vorurteil verlangt nach Bestätigung. Es lehnt die Überprüfung ab.

Das Vorurteil dient dem, der es pflegt, oftmals zur Verarbeitung eigener Schwächen. Viele benötigen es zur Selbstdefinition und für das eigene Selbstwertgefühl, weil sie diese aus der eigenen Identität nicht herzustellen vermögen. So wird das Vorurteil vielfach grundlegend für das eigene Selbstbild, und das macht es besonders widerstandsfähig. Das Vorurteil entsteht nicht durch Argumente, sondern es sucht sich die Argumente, die es zur eigenen Bestätigung braucht. Das macht es ausgesprochen schwer, ihm argumentativ zu begegnen.



Quelle: *How was it humanly possible, Yad Vashem*

Noch viel aussichtsloser scheint das Bemühen, kollektive Vorurteile von Gruppierungen aufbrechen zu wollen:

„Mr. X:
Das Ärgerliche an den Juden ist, dass sie sich nur um ihre eigenen Leute kümmern.

Mr. Y:
Aber die Spendenlisten der letzten Wohltätigkeitsveranstaltungen zeigen, dass sie im Verhältnis zu ihrer Anzahl sehr viel großzügiger für die Stadt gespendet haben als die Nichtjuden.

Mr. X:
Das zeigt aber nur, dass sie immer wieder versuchen, sich in christliche Angelegenheiten einzuschmeicheln. Sie denken immer nur an Geld, deshalb sind auch so viele Juden Bankleute.

Mr. Y:

Aber eine neuere Untersuchung hat ergeben, dass der Prozentsatz der Juden am Bankgeschäft zu vernachlässigen ist, auf jeden Fall viel kleiner ist als der Prozentsatz der Nichtjuden.

Mr. X:

Da haben Sie es; sie vermeiden das solide Geschäft, sie bevorzugen das Filmgeschäft und unterhalten die Nachtclubs.“

Gordon W. Allport: Die Natur des Vorurteils, Köln 1971, S. 27/28

Der „common sense“ der Vorurteile gewährleistet in vielen Gruppierungen den Gruppenzusammenhalt. Die Korrektur von Vorurteilen bei Einzelnen beendet zugleich deren Gruppenzugehörigkeit.

Gehen Vorurteile mit sich wiederholenden abwertenden Bemerkungen gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen einher, so können solche Abwertungen die Gewaltschwelle von ohnedies schon zur Gewalt bereiten Menschen senken, da diese sich nun als Vollstreckende einer eingebildeten schweigenden Mehrheit fühlen können, in deren Auftrag zu handeln sie sich berufen fühlen.

„Die Technik des antisemitischen Diskurses liegt in der Instrumentalisierung des Vorurteils, in der Beschwörung des Ressentiments, in der raffinierten Erzeugung von Assoziationen und Konnotationen.“

(Wolfgang Benz, ebd. Seite 167)



Quelle: Felix Mussil (Frankfurter Rundschau 1979)

1.2.3.2 Die Debatte um eine „Nationale Identität“

Eine Untersuchung unter mehr als 2000 Studierenden aller Fachrichtungen der Universität-Gesamthochschule Essen wurde 2002 veröffentlicht unter dem Titel „Die unbequeme Vergangenheit. NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeiten des Erinnerns“ (Hg. K. Alheim und B. Heger, Schwalbach/Ts. 2002). Unter anderem kommt sie zu dem Ergebnis: „Der Wunsch endlich wieder ein ‚normales‘ Volk zu sein, das sich auch politisch-militärisch wie andere (Groß-) Mächte ‚engagieren‘ soll und darf, beherrscht, wie wir zeigen können, auch die Köpfe vieler Studierender.“ (ebd. S. 5) Und nicht nur diese: Fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs trauen sich Meinungs- und Entscheidungstragende in unserer Gesellschaft, zu denen auch manche kirchenleitende Personen zählen, wieder über Nationalismus nachzudenken. Das Wort selbst vermeiden sie dabei jedoch, aus gutem Grund.

Wer die Frage nach unterschwelligem antisemitischen Tendenzen in unserer Gesellschaft stellt, wird auch hierauf antworten müssen. Viele der Essener Studierenden fordern den sattsam bekannten „Schlussstrich“, der unter die Vergangenheit zu ziehen sei.

Gerade unsere jüngere Vergangenheit im Nationalsozialismus ist Bestandteil unserer nationalen Identität, den man nicht abspalten kann, ohne schizophrene Gesinnungen hervorzurufen und den man nicht verdrängen kann, ohne neurotische Gesellschaftsstrukturen zu produzieren.

Die Hartnäckigkeit des unterschweligen Antisemitismus in Deutschland findet teilweise Erklärungen in der Geschichte der christlichen Kirchen, sie findet aber auch Erklärungen in der Art des Umgangs politischer und gesellschaftlicher Leitfiguren mit unserer jüngeren Geschichte:

„Wir sind eine normale, tüchtige, leistungsfähige Nation, die das Unglück hatte, zweimal schlechte Politiker an der Spitze ihres Landes zu haben.“

(Franz Josef Strauß)

In: K. Alheim/B. Heger: Die unbequeme Vergangenheit. NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeiten des Erinnerns, Schwalbach/Ts. 2002, S. 8

„Pech gehabt?“ Wer die Schoa unter dieser Kategorie zu verbuchen vermag, der darf sich über latenten Antisemitismus nicht wundern. Wer die Naziherrschaft als abstraktes Phänomen behandelt, schafft einen Raum, in dem alte Vorurteile sich neu entfalten können.

Als „antisemitische Abwehraggressionen gegenüber der Erinnerung an die NS-Verbrechen“ bezeichnet der Politologe Lars Rensmann die Walserrede von 1998 in der Paulskirche und deren Wirkungsgeschichte, die das Schlussstrichdenken intellektuell endgültig hoffähig gemacht haben (Enthauptung der Medusa - In: M. Brumlik / H. Funke / L. Rensmann, Umkämpftes Vergessen, Berlin 2000).

Rudolf Augstein über das Mahnmalprojekt in Berlin im Spiegel:

„Man ahnt, dass dieses Schandmahl gegen die Hauptstadt und das in Berlin sich neu formierende Deutschland gerichtet ist. Man wird aber nicht wagen, so sehr die Muskeln auch schwellen, mit Rücksicht auf die New Yorker Presse und die Haijische im Anwaltsgewand, die Mitte Berlins freizuhalten von einer solchen Monströsität.“
Spiegel Nr.49/98, S.32

Das ist nicht weit entfernt von der antisemitischen Propaganda des Nationalsozialismus zur „jüdischen Weltpresse“.

Es ist zu vermuten, dass die Motive für ein neues nationales Bewusstsein und eine neue nationale Identität auch wieder ein antisemitisches Feindbild in sich bergen. Wolfgang Benz, Historiker und Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, stellt jedenfalls in seinem Buch „Was ist Antisemitismus?“ fest, „dass Ressentiments gegen Juden einen hohen Gebrauchswert haben, wenn Diskurse über nationale Identität und Selbstwertgefühle in Gang gesetzt werden“ (Wolfgang Benz, ebd. S.170).

1.2.4 Die Vermengung antijüdischer Klischees mit Kritik an der Politik des Staates Israel und das Heranziehen von Geschichtsvergleichen

Schließlich fällt auf, dass angesichts des Nahostkonfliktes Kritik an der Politik des Staates Israel mit antijüdischen Klischees vermengt wird und unzulässige Geschichtsvergleiche herangezogen werden.

Bei den antijüdischen Klischees werden vermeintliche jüdische Wesenszüge behauptet, die in den Konflikt zwischen Israel und Palästina hineinprojiziert werden. Folgende „Wesenszüge“ sind zu nennen:

- Der am häufigsten unterstellte jüdische Wesenszug, der für die israelische Politik verantwortlich gemacht wird, ist sein angeblicher Vergeltungscharakter. Bis in die Kommentare seriöser Presseorgane findet sich die Einschätzung, die zudem noch grob falsch verstandene biblische Rechtsformel „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ (vgl. Glossar Punkt 4) sei der vermeintlich zentrale und leitende Beweggrund israelischer Politik.
- Ähnlich verhält es sich mit der Behauptung, die biblische Rede von der Erwählung und insbesondere die damit zusammenhängende Landverheißung sei richtungsweisend für die israelische Politik der Besetzung in der Westbank und im Gazastreifen (vgl. Glossar Punkt 6).
- Ebenfalls aus der biblischen Rede von der Erwählung abgeleitet wird eine Kritik, die die Diskriminierung von palästinensischen Staatsbürgern Israels und Israels Politik in den besetzten Gebieten als rassistisch motiviert brandmarkt und die den Zionismus insgesamt als rassistische Ideologie verurteilt (vgl. Glossar Punkt 7).

Was Vorurteile unterstellen:

Auge um Auge, Zahn um Zahn:

Vergeltungspolitik

Landverheißung: Besatzungspolitik

Erwählung: Rassistische Politik

Eine andere Form der Vermengung stellt das Heranziehen von Geschichtsvergleichen dar. Folgende Geschichtsvergleiche lassen sich beobachten:

- Oft wird der Vorwurf erhoben, Israel handle „wie die Nazis“ oder verwende „Nazimethoden“.
- Speziell wird Israel „Völkermord“ oder „Genozid“ vorgeworfen.
- Die Diskriminierung von Arabern und Araberinnen wird mit der Judenpolitik der Nazis verglichen.
- Nahe bei solchen geschichtslosen Vergleichen steht der häufig erhobene Vorwurf, Israels Politik sei vergleichbar mit der Apartheidpolitik Südafrikas.
- Pauschal wird die israelische Politik als „rassistisch“, „faschistisch“ oder „imperialistisch“ verurteilt.



1. April 2002, Berlin-Alexanderplatz
Quelle: Ralf Fischer – Agentur Ahron, Berlin

In dieser Hinsicht kann auch von einem „versteckten“ Antisemitismus gesprochen werden, der sich in folgenden Variationen widerspiegelt:

1. Die Aberkennung des Existenzrechts Israels und des Rechts auf Selbstverteidigung.
2. Historische Vergleiche der israelischen Palästinenserpolitik mit der Judenverfolgung im Nationalsozialismus.
3. Die Beurteilung der israelischen Politik mit einem doppelten Standard: Man verurteilt bestimmte politische Maßnahmen in Israel, jedoch in anderen Ländern nicht.
4. Die Übertragung antisemitischer Stereotype auf den israelischen Staat. Israel wird zum „kollektiven Juden“ gemacht.

Heyder, A. u.a., Israelkritik oder Antisemitismus, In: Deutsche Zustände Folge 3, Frankfurt a.M. 2005, S. 146f

Charakteristisch für diese unsachgemäße Kritik ist, dass die emotional hoch besetzten Bezeichnungen „Rassismus“, „Faschismus“, „Imperialismus“, „Apartheid“, „nationalsozialistisch“ usw. aufgrund einzelner Vergleichspunkte übertragen werden (Israelische Soldaten malen Nummern auf die Arme palästinensischer Gefangener; arabische Staatsbürger und –bürgerinnen Israels sind zu bestimmten Berufen nicht zugelassen o.ä.). Sie werden im Gewand soziologischer Kategorisierungen gebraucht, dienen aber lediglich als Kraftausdrücke zur Ächtung und Verunglimpfung israelischer Politik. Der Analyse der besonderen gesellschaftlichen Verhältnisse in Israel oder in den besetzten Gebieten stehen sie eher im Weg, weil sie zum Schüren von Emotionen eingesetzt werden.

Die eigentliche Funktion solcher unsachgemäßen Vergleiche ist vielfach der Versuch einer Entlastung der deutschen Geschichte, nach dem Motto: „Die Juden' sind ja auch nicht besser ...“

Die Verwendung solcher Vergleiche wird nicht erträglicher durch den Hinweis darauf, dass ja auch in Israel selbst solche Vergleiche gezogen werden (vgl. den Vorwurf von Gegnern des israelischen Abzugs aus dem Gazastreifen, die Evakuierung der Siedler sei vergleichbar mit der Deportation der Juden durch die Nazis in Europa).

Ein Fehlverhalten wird nicht dadurch gerechtfertigt, dass andere – und seien sie jüdische Menschen – dasselbe Fehlverhalten an den Tag legen.

1.3 Ein „neuer“ Antisemitismus

In der Diskussion ist in den letzten Jahren vom so genannten „neuen“ Antisemitismus die Rede. Die bisherigen Ausführungen haben deutlich gemacht, dass die Judenfeindschaft ein altes Phänomen darstellt. Was ist also neu?

Neu sind weniger die Inhalte. Neu sind vor allem die Erscheinungsformen, Konstellationen und Intensitäten sowie allein die Tatsache, dass es nach Auschwitz hier in Deutschland einen vermehrt öffentlich auftretenden Antisemitismus gibt.

Folgende Aspekte sollen an dieser Stelle genannt werden:

- Neu im Sinne einer Veränderung ist, dass „man“ sich wieder mehr traut. Waren vor Jahren antisemitische Briefe z. B. an den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden anonym, so werden die Zuschriften heute mit Absender zugestellt. Was vorher schon da war, kommt jetzt offener ans Tageslicht.
- Der Journalist Philipp Gessler spricht in seinem Buch „Der neue Antisemitismus“ von der „Befürchtung einer neuen antisemitischen Welle aus den Beitrittsländern der Europäischen Union“ (ebd. S. 125ff). Speziell in Osteuropa sind in den letzten Jahren vermehrt antisemitische Ressentiments wahrzunehmen. Zugewanderte aus Osteuropa bringen diese Ressentiments oft ungebrochen mit in die Bundesrepublik.

- Der so genannte muslimische Antisemitismus kommt hinzu. Von muslimischer Seite werden die umfangreichen antisemitischen „Traditionen“ entdeckt und für das politische Tagesgeschäft instrumentalisiert, wie es sich z.B. in den Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad oder in vielfältigen Karikaturen der arabischen Presse widerspiegelt. Besonders schwer wiegt diese Form von Judenfeindschaft, weil sie die Gefährdung des Staates Israel verstärkt und den israelisch-palästinensischen Konflikt zusätzlich belastet.
- Qualitativ neu ist zudem die Tatsache, dass sich auch „der“ Antisemitismus globalisiert und vernetzt hat und antisemitische Äußerungen durch das Medium Internet frei zugänglich geworden sind bzw. verbreitet werden können.

❖ Vgl. dazu den historischen Überblick [Kapitel 5: Entwicklungen nach dem 2. Weltkrieg] und den Sammelband „Neuer Antisemitismus?“ Hg. Doron Rabinovici u.a. (siehe Literaturangaben).



2. Unsere christliche und staatsbürgerliche Verantwortung

Das Phänomen der Judenfeindschaft gehört nach wie vor zu unserer alltäglichen Realität. Als Bürger und Bürgerinnen und als Christen und Christinnen sind wir herausgefordert, Stellung zu beziehen und Vorurteile abzubauen.

„Im Übrigen ist der hartnäckige Kampf gegen den Antisemitismus Eure Angelegenheit. Denn wenn dieser Hass auch manchmal eine tödliche Gefahr für uns darstellt, so ist er doch Eure Krankheit, er ist das Übel, das Euch verfolgt.“

Manes Sperber, in: Freiburger Rundbrief Nr. 57/60, Januar 1964, S. 76

- Wir sind gefordert, weil Feindschaft gegenüber einer bestimmten Gruppe gegen die Menschenrechte verstößt.
- Wir sind gefordert, weil wir durch Jesus Christus, den Juden, mit dem jüdischen Volk untrennbar verbunden sind. Mit der Änderung des Grundartikels unserer Kirchenordnung wurde zum Ausdruck gebracht: Unser christliches Selbstverständnis ist nicht ohne das jüdische Volk denkbar. Hieraus ergibt sich die geschwisterliche Aufgabe, gegen jede Form von Judenfeindschaft einzutreten.

Die Einfügung in den Grundartikel der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR) von 1996 lautet: „Sie (die Kirche) bezeugt die Treue Gottes, der an der Erwählung seines Volkes Israel festhält. Mit Israel hofft sie auf einen neuen Himmel und eine neue Erde.“

- Als Christen und Christinnen sind wir darüber hinaus gefordert, weil christliches Reden und Handeln wesentlich zum Antisemitismus beigetragen haben. Nachhaltig ist unsere Tradition von jüdenfeindlichen Vorurteilen durchzogen. Hieraus erwächst eine Verantwortung, im biblischen Sinne umzukehren und zu lernen, die jüdische Tradition jenseits von Klischees und Verzerrungen zu sehen.

In dem Synodalbeschluss „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ der Synode der EKiR von 1980 heißt es: „Wir bekennen betroffen die Mitverantwortung und Schuld der Christenheit in Deutschland am Holocaust.“

Wenn wir als Kirche an dieser Stelle Verantwortung übernehmen, dann vor allem in drei Bereichen:

- Wir haben die Umkehr und Erneuerung in der Theologie fortzusetzen. Der mit dem Beschluss der rheinischen Synode 1980 begonnene Prozess, in dem die evangelische Kirche sich von den jüdenfeindlichen Elementen ihrer Tradition trennte und die Entwicklung einer nicht jüdenfeindlichen Theologie vorantrieb, ist noch nicht abgeschlossen und braucht weitere Schritte der praktischen Umsetzung für Gottesdienst, Kirchenmusik, Unterricht und die theologische Aus- und Fortbildung. Nur wenn wir nicht nachlassen, die eigene historische Verantwortung für den Antisemitismus aufzuarbeiten, können wir von anderen einfordern, sich ihrerseits antisemitischen Vorurteilen zu stellen und sich an deren Überwindung zu beteiligen. Der Beschluss von 1980 „ist aber ein entscheidend wichtiger erster Schritt in einem uns allen aufgetragenen Lernprozess, durch den wir auf theologische Fragen hingewiesen werden, denen wir nicht ausweichen dürfen. Ich bitte die Gemeinden, sich an dieser Aufgabe zu beteiligen.“ (Präses Karl Immer im Vorwort der Handreichung „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ 1980, ebd. S. 8f)
- Wir beteiligen uns daher auch an gesellschaftlicher Bewusstseins- und Bildungsarbeit in Schule und Erwachsenenbildung.

- Schließlich beteiligen wir uns an der Aufgabe des „Erinnerns“. Dieses Erinnern bezieht sich zum einem auf zentrale oder lokale Gedenkveranstaltungen, z. B. zur Pogromnacht 9. November 1938. Zum anderen umfasst das Erinnern auch die Rekonstruktion jüdischen Lebens hier in Deutschland vor 1945. Hierbei sind wir als Kirche nicht nur angesichts unserer Mitverantwortung, sondern auch von unserem eigenen Selbstverständnis her gefordert. Das „Sich-Erinnern“ gehört zu den Wesenszügen christlichen Glaubens. Wir sind beim Kampf gegen jede Form von

Antisemitismus von der Einsicht geleitet, dass das Erinnern gegen das Vergessen schützt und davor bewahrt, das Vergangene als abstraktes Phänomen zu behandeln. Erinnern bedeutet, das Gedächtnis der Opfer und damit ihre Würde zu bewahren sowie Verantwortung für die Folgen der Vergangenheit in der Gegenwart zu übernehmen.

Nur so kann das Urteil an die Stelle des Vorurteils treten.

3. Impulse für ein Denken, Reden und Handeln jenseits der Judenfeindschaft

Wie können wir unserer Verantwortung im Kampf gegen den Antisemitismus nachkommen?

Ein erster Schritt ist Lernen:

3.1 Genau hinsehen – konkret benennen – sorgfältig unterscheiden

Es ist einfach, etwas oberflächlich zu betrachten. Und einfach ist es auch, etwas zu verallgemeinern oder mit etwas anderem zu vermischen. Das führt jeweils dazu, ein schnelles Urteil ohne viel Aufhebens zu fällen. Das bedeutet, einem Gegenüber oder einer Angelegenheit nicht gerecht werden zu können. Daher sind für jedes menschliche Miteinander – und das heißt auch für das Miteinander mit jüdischen Menschen – drei Aspekte notwendig:

- das genaue Hinsehen
- das konkrete Benennen
- die Unterscheidung von Ebenen

Das **genaue Hinsehen** bedeutet, Dinge nicht oberflächlich zu betrachten. Genaues Hinsehen verlangt, sich nicht mit Teilinformationen, Gerüchten, Vermutungen o.ä. zufrieden zu geben. Anzustreben ist, einer Sache möglichst auf den Grund zu gehen. Manchmal werden Dinge dadurch komplexer und auch komplizierter wie z.B. der israelisch-palästinensische Konflikt. Aber das genaue Hinsehen ist eine Voraussetzung, sich ein Urteil bilden zu können.

Das **konkrete Benennen** zielt darauf ab, pauschale Urteile zu vermeiden. Wird unkonkretes Reden oft von Emotionen genährt, liegt die Chance im Konkreten, wirklich über die Sache reden zu können. Zudem ist eine Erfahrung im menschlichen Miteinander, dass im Hinblick auf Kritik ein konkretes Reden das Ohr des Gegenübers eher erreicht als ein allgemeines. Besonders wichtig ist dieser Aspekt, wenn es um die so genannten „berechtigte Kritik an Israel“ geht.

Schließlich ist das **sorgfältige Unterscheiden** Kriterium für ein sachgerechtes Reden. Unkritisches Vermengen z.B. beim Reden über Juden und Jüdinnen, Judentum oder den Staat Israel ist demgegenüber ein Indiz für vorurteilsgelenktes Reden. Es gibt vielfältige Vermischungen, die immer wieder auf eine negative Bewertung von Juden und Jüdinnen im Allgemeinen, des Judentums oder des Staates Israel im Besonderen hinauslaufen.

„Kritik“ ist von der Wortbedeutung des zugrunde liegenden griechischen Begriffs her „Unterscheidung“. Kritisches Denken und Reden ist also ein Denken und Reden, das zu unterscheiden weiß. Unkritisches Gerede dagegen bringt Dinge durcheinander, weil es sich nicht die Mühe macht, zu unterscheiden.

Diese drei Aspekte sollen in den folgenden Lernfeldern beachtet werden.

3.2 Lernfelder

3.2.1 Theologische Lernfelder

3.2.1.1 Christliche Existenz ohne Antijudaismus

Grundsätzlich gehören zu den theologischen Lernfeldern alle Themen, die unsere religiöse Tradition betreffen. Das Lernen hat bei uns selbst anzufangen, da die lange Tradition der Judenfeindschaft unsere Existenz als Christenheit berührt. An dieser Stelle sei auf das Glossar im Anhang verwiesen, in dem auch einige theologische Themen angeführt sind, die von antijüdischen Klischees geprägt sind.

Das theologische Lernfeld kann aber grundsätzlich umschrieben werden als die Suche nach einem Glauben, der ohne „Feindbilder“ und insbesondere ohne die religiöse Variante der Judenfeindschaft auskommt.

Was ist damit gemeint?

Die unterschiedlichen jüdenfeindlichen Klischees sind in das christliche Glaubensverständnis als eine Art Negativfolie integriert worden: z.B. der liebende Gott des Neuen Testaments in Abgrenzung zum vermeintlich strafenden Gott im Alten Testament – die Botschaft von der Rechtfertigung aus Gnade allein gegen die vermeintliche Werkgerechtigkeit im Alten Testament – die Christenheit als das neue auserwählte Volk im Gegenüber zum vermeintlich verworfenen Volk Israel.

In unserer christlichen Tradition wurden solche Verzeichnungen des Alten Testaments und des Judentums nicht nur in Kauf genommen, um den eigenen Glauben zu stärken:

So strahlt die Botschaft von der Rechtfertigung umso mehr, wenn man sie farbenfroh auf dem Hintergrund einer vermeintlichen „jüdischen Werkgerechtigkeit“ predigt.

Dieses Festlegen Israels auf eine solche Negativfolie hat uns als Christen und Christinnen darüber hinaus auch brisante Fragen vom Leibe gehalten. Ist Israel als Gegenüber „theologisch erledigt“, braucht man sich nicht mehr mit Fragen auseinanderzusetzen, die unser eigenes christliches Selbstverständnis betreffen:

- Was bedeutet es für uns, wenn Israel eben nicht verworfen ist und nach wie vor eine positive Rolle in Gottes Heilsplan spielt?

- Was bedeutet es für uns, dass Israel in dieser positiven Rolle Jesus mehrheitlich nicht als Messias anerkennt und so die Messiasfrage offen hält?

- Was bedeutet es, dass wir mit Israel auf einen neuen Himmel und eine neue Erde hoffen?

Es ist vollkommen klar, dass das Christentum und das Judentum in zentralen Punkten wie z.B. in der Frage nach dem Messias voneinander unterschieden sind. Diese Unterschiede sollen und können auch nicht eingeebnet werden.

Aber christlicher Glaube bedarf keiner Verzeichnungen des jüdischen Glaubens und des Alten Testaments. Christliche Identität kann im Angesicht Israels formuliert werden, ohne das Judentum als Negativfolie zu benutzen.

Der erste Schritt heißt, sich von Klischees zu verabschieden.

3.2.2 Gesellschaftspolitische Lernfelder

Neben den theologischen Aspekten gibt es eine ganze Reihe gesellschaftspolitischer Gesichtspunkte, die in vielen Diskussionen immer wieder auftauchen. So hat das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (Universität Bielefeld) in einer Untersuchung mit ca. 3000 Befragten im Jahr 2004 – dem sog. GMF-Survey (Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland) – herausgefunden, dass zwischen 31,7 Prozent und 44,4 Prozent ihre Antipathie gegenüber „Juden“ auf die Politik Israels zurückführen (Heyder, A. u.a., Israelkritik oder Antisemitismus, In: Deutsche Zustände Folge 3, Frankfurt a. M. 2005, S. 144f).

3.2.2.1 Jüdische Deutsche und Israelis

Juden und Jüdinnen, die hier leben, werden immer wieder auf die Politik Israels angesprochen oder sogar zu Israelis gemacht.

Dem verstorbenen ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, gratulierte vor Jahren beim Staatsbesuch des israelischen Präsidenten Ezer

Weizmann nach dessen Rede vor dem Bundestag ein Politiker mit den Worten: „Ihr Präsident hat heute eine wunderbare Rede vor dem Bundestag gehalten!“ Worauf Bubis antwortete: „Ist das so? Ich wusste gar nicht, dass Roman Herzog heute vor dem Bundestag eine Rede gehalten hat.“

vgl. Salomon Korn, Zwischen allen Stühlen, FAZ 30.3.2005

Jüdische Deutsche wirkten und wirken im öffentlichen Leben Deutschlands und nicht Israels mit. Auch wenn bei den meisten eine große Verbundenheit zum Staat Israel zu erkennen ist, sind sie keine Staatsbürger und -bürgerinnen Israels. Sie haben, wie alle deutschen Staatsangehörigen, das Recht auf ihre je eigene Haltung zum Staat Israel, die sie in einer großen Bandbreite von Solidarität und Kritik einnehmen.

3.2.2.2 Jüdische Religion und israelische Politik

Unzutreffende oder oberflächliche Vorstellungen, die wir uns von der jüdischen Religion machen, werden immer wieder mit israelischer Politik vermengt. Entscheidungen und Handlungen israelischer Regierungen werden auf angeblich zugrunde liegende religiöse Momente zurückgeführt: das „Vergeltungsdenken des Judentums“, die Landverheißung oder die Erwählung.

Die auch politische Relevanz jüdischer Traditionen kann aber nicht automatisch mit den Motiven der politischen Akteure heute gleichgesetzt werden.

Ein Beispiel: Eine zentrale jüdische Glaubensaussage ist die Rede von der Landverheißung. In einer kurzschlüssigen Wahrnehmung wird sie für die Siedlungspolitik israelischer Regierungen verantwortlich gemacht.

Unser Bild, das wir uns vom Judentum machen, ist daher kritisch zu hinterfragen. Hierbei werden wir auf den Umstand gestoßen, dass das „Judentum“ nicht als eine einheitliche Größe zu verstehen ist.

Eine Aufgabe, die sich daraus ergibt, ist unterscheiden zu lernen zwischen

- den religiösen Traditionen
- den religiös-politischen Gruppen im Judentum, die lange Zeit und zu einem nicht unerheblichen Teil bis heute dem zionistischen Projekt und dem Staat Israel ablehnend gegenüberstehen
- den vielfältigen, differenzierten Bemühungen religiöser wie nichtreligiöser Juden, die religiöse Tradition zur heutigen Situation in Beziehung zu setzen
- den politisch sehr unterschiedlich motivierten Auseinandersetzungen religiöser wie nichtreligiöser Gruppierungen über Recht oder Unrecht der israelischen Siedlungspolitik

❖ Vgl. Glossar Punkt 6, S. 33

3.2.2.3 Israelische Politik und deutsche Geschichte

So fragwürdig und kritikwürdig für uns politische Entscheidungen in der israelischen Politik im Einzelnen sind: Vergleiche mit der Politik der Nationalsozialisten sind unzulässig. Sie tragen zum Verstehen israelischer Politik nichts bei.

Andererseits kann auch nicht der Verweis auf den Nationalsozialismus herangezogen werden, um politische Entscheidungen Israels heute zu entschuldigen. Sicherlich hat die Politik des Massenmordes an Juden und Jüdinnen zwischen 1933 und 1945 Auswirkungen auf die Geschichte des Nahen Ostens und den Konflikt zwischen der zionistischen Bewegung und der palästinensischen Bevölkerung. Diese Rückwirkungen sind jedoch nicht einlinig, und sie sind vor allem nicht der einzige Faktor, der die Geschichte des Nahen Ostens geprägt hat. Die Motive, Ziele und Beschränkungen der jüdischen, arabischen, britischen und anderer Beteiligten vor, während und nach der Nazizeit sind ebenso zu berücksichtigen.

3.2.2.4 Wichtige Aspekte im israelisch-palästinensischen Konflikt

Die Gründe dafür, dass der Staat Israel sich in einem blutigen Konflikt mit dem palästinensischen Volk befindet, sind außerordentlich vielschichtig. Schuldzuweisungen helfen nicht weiter bei der Suche nach einer friedlichen Lösung dieses Konflikts. Ebenso wenig hilft es weiter, sich in diesem Konflikt auf eine der beiden Seiten zu schlagen, weil sie angeblich allein oder vorwiegend Opfer der Feindschaft und Gewalt der anderen Seite sei. Es geht aber auch nicht um irgendeine Ausgewogenheit. Vielmehr gehört es zu unserem Bemühen, dass wir problematische Denkvoraussetzungen und Entwicklungen beider Konfliktbeteiligten wahrnehmen und benennen.

Die weiteren Ausführungen sind ein Versuch, grundlegende Aspekte dieses Konfliktes zu benennen:

Aspekte auf der arabisch-palästinensischen Seite

- Auf der arabisch-palästinensischen Seite sehen wir das historische Problem, dass die Dynamik der zionistischen Bewegung und die tiefe Verbundenheit des Judentums mit dem Land Israel bis heute aufgrund ideologischer und religiöser Einstellungen verkannt wird. Aus dieser Haltung heraus meinte eine Mehrheit der arabisch-palästinensischen Seite immer wieder, die durch den Staat Israel geschaffene politische Realität mit Gewalt beseitigen zu können. Damit wird vor allem den Palästinensern und Palästinenserinnen bis heute die Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben genommen. Die palästinensische Bevölkerung ist, auch wenn sie die schwächere Seite in diesem Konflikt ist, keineswegs nur Opfer, sondern aufgrund der politischen Fehlentscheidungen ihrer Führungen und der Regierungen der arabischen Staaten mitverantwortlich für ihre immer noch beklagenswerte Situation. Speziell der Terror durch Selbstmordattentate ist der destruktivste Ausdruck dieser falschen Politik.
- Im Gefolge des bis heute anhaltenden Konflikts haben in der arabischen Welt immer mehr antisemitische Klischees Verbreitung gefunden. Weit über die traditionell ambivalente Haltung der islamischen Welt dem

Judentum gegenüber und weit über nachvollziehbare Frustration und Wut über israelische Gewaltmaßnahmen gegen das palästinensische Volk hinaus vergiftet die ungehemmte Verbreitung antisemitischer Lügengeschichten (Verschwörungstheorien) das jüdisch-arabische Verhältnis und fördert ungezügelt Hass und Mordtaten.

Wenn wir diese Aspekte ansprechen und von der arabischen Seite ein Gewaltverzicht gegenüber jüdischen Menschen proklamiert wird, können wir das berechtigte Anliegen des palästinensischen Volkes auf Freiheit und Selbstbestimmung wirksam unterstützen.

Aspekte auf der israelischen Seite

- Auf der israelischen Seite sehen wir das historische Problem, dass die Verbundenheit der Palästinenser und Palästinenserinnen mit demselben Land und ihre Standhaftigkeit gegenüber der Übermacht Israels bis heute von der Mehrheit in Israel unterschätzt werden. Dass nach dem Ende des Krieges 1948/49 die Situation der palästinensischen Flüchtlinge nicht durch Israel selbst und die internationale Gemeinschaft entschlossen gebessert wurde, erweist sich bis heute als schwerste Hypothek im Verhältnis zwischen Israel und der arabischen Welt.
- Die völkerrechtliche Grundlage der Existenz Israels ist der Beschluss der UNO zur Teilung des britischen Mandatsgebiets Palästina zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen, die Anspruch auf dieses Land als ihre Heimat erhoben. Die Politik der Besiedlung der 1967 eroberten Gebiete ist vor allem deshalb unrechtmäßig, weil sie diesem historischen Kompromiss der UNO, der internationales Recht gesetzt hat, widerspricht. Die mit der Siedlungspolitik einhergehenden Menschenrechtsverletzungen erschweren darüber hinaus das Leben der palästinensischen Bevölkerung, zerstören Existenzgrundlagen und geben so dem Konflikt immer wieder Nahrung.

Auch diese Aspekte müssen im Bemühen um einen völkerrechtlich verantworteten Interessenausgleich zwischen Israel und dem palästinensischen Volk öffentlich geltend gemacht werden.

...❖ Vgl. Jörn Böhme, Tobias Kriener, Christian Sterzing, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts, Schwalbach/Ts., 2005

3.2.2.5 Der israelisch-palästinensische Konflikt und unsere Betroffenheit

Betroffenheit angesichts von Unrechtssituationen oder Gewalt ist Ausdruck von Mitmenschlichkeit. Betroffenheit ist als solche auch nicht das Problem.

Wenn es um die Bewertung von Unrecht oder Gewalt gehen soll, darf es aber nicht allein bei der Betroffenheit bleiben. Dies gilt umso mehr, wenn wir als Deutsche mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt konfrontiert sind. Aus dem Unbehagen über die eigene deutsche Geschichte und die Schuldzusammenhänge angesichts der Schoa entspringt nicht selten der Wunsch nach Entlastung: Je mehr Unbehagen über die eigene Geschichte, desto größer die Empörung über Unrecht oder Gewalt, welche von israelischer Seite verursacht worden ist.

Die Erfahrung zeigt, dass Deutsche auf Unrechtssituationen oder Gewalt im Nahostkonflikt betroffener reagieren als auf vergleichbare Situationen in anderen Ländern. In der Berichterstattung der Medien kommt dies dadurch zum Ausdruck, dass aus Israel vergleichsweise intensiver berichtet wird als aus anderen Krisenregionen. Es ist dabei grundsätzlich zu bedenken, dass wir – wie immer und überall – von den Medien abhängig sind, die uns Informationen über den Konflikt liefern. Intensität und Art und Weise der Berichterstattung sind nicht wertfrei, sondern kritisch zu hinterfragen.

Ein kritischer Blick kann vor einseitigen, hoch emotionalen Solidarisierungen bewahren und zugleich die Proportionen des Konflikts zurechtrücken. Einseitige Wahrnehmungen und Wertungen können so verhindert werden.

3.3. Handlungsfelder: Impulse für ein Miteinander

Was bedeutet das für den Alltag des Miteinanders? Welche praktischen Konsequenzen können für unser kirchliches und gesellschaftliches Leben gezogen werden?

3.3.1 Unser Zusammenleben mit jüdischen Menschen hierzulande

Für dieses Zusammenleben gibt es unterschiedliche Aspekte:

Einladungen aussprechen

Wo jüdische Gemeinden existieren, besteht die Möglichkeit, Einladungen auszusprechen. Einladungen zu Festen, Veranstaltungen oder anderen Anlässen sind Ausdruck für ein Interesse am Anderen. Zudem fördern Einladungen die Kultur einer guten Nachbarschaft.

Begegnungen organisieren

Die Begegnung ist der erste Schritt, Vorurteile oder Berührungspunkte abzubauen. Es lohnt sich, für einzelne Gruppen (Gruppen unterschiedlichen Alters aus den Gemeinden, Schulklassen usw.) Begegnungen zu organisieren. Lernen beginnt, wo sich Menschen begegnen.

Engagement für das Recht von Juden und Jüdinnen auf Pflege ihres Glaubens und ihrer Traditionen

Wir begrüßen es, dass unser Staat mit dem Abschluss eines Staatsvertrages (2003) die rechtlichen und materiellen Voraussetzungen dafür geschaffen hat. Ziel muss sein, jüdischen Menschen zu ermöglichen, sich ohne Scheu auch nach außen hin zu ihrem Glauben zu bekennen, ohne tätliche Angriffe befürchten zu müssen.

Bildungsangebote zum Thema Judentum

Das Judentum hat unterschiedliche Ausdrucksformen. Um das Judentum in seiner Vielfalt hier wie auch in Israel wahrnehmen und näher kennen lernen zu können, sind Bildungsangebote notwendig.

Einsatz für den Schutz der Juden und Jüdinnen vor Anfeindungen aller Art

Solange jüdische Einrichtungen (Synagogen,

Schulen) unter Polizeischutz gestellt werden müssen, weil jüdische Bürger und Bürgerinnen Anfeindungen ausgesetzt sind, haben wir einen Zustand, der nicht zu tolerieren ist.

Wachsamkeit angesichts der antisemitischen Strömungen in unserem Land

In den letzten Jahren ist zu beobachten, dass unter denen, die aus der ehemaligen Sowjetunion ausgewandert sind und unter Muslimen vermehrt antisemitische Klischees anzutreffen sind. Es gilt also nicht nur, die eigene „Tradition“ im Blick zu haben, sondern auch andere Strömungen in einem Migrationsland wie Deutschland zu bedenken.

Couragiertes Eintreten gegen Vorurteile gegenüber Juden und Jüdinnen

Antisemitische Andeutungen oder Klischees begegnen uns in unterschiedlicher Mixtur und Intensität. Antisemitisches Reden dürfen wir nicht wachsen lassen. Dies bedeutet auch, den rechtlichen Rahmen unserer Gesellschaft – z.B. durch das Aufgeben einer Strafanzeige – auszunutzen.

Fehlverhalten einzelner jüdischer Menschen kann nicht als „typisch jüdisch“ bezeichnet werden.

Öffentliche Äußerungen bei antisemitischen Vorfällen

Antisemitische Vorfälle, wie sie in der jüngeren Vergangenheit immer wieder stattgefunden haben (z.B. Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge, antisemitische Äußerungen von Bundespolitikern), müssen öffentlich geächtet werden.

Dokumentation antisemitischer Vorfälle

Wichtig ist auch die Dokumentation antisemitischer Vorfälle vor Ort, um zu verhindern, dass Geschehenes nicht wahrgenommen wird oder sofort wieder in Vergessenheit gerät. Eine solche Dokumentation kann weitergeleitet werden z.B. an die Betreiber der Homepage „www.antisemitismus.net“.

Verdacht oder Vorwurf des Antisemitismus

Wenn in Auseinandersetzungen der Verdacht oder der Vorwurf antisemitischer Äußerungen auftauchen, hilft es weiter, sich über den Begriff „Antisemitismus“ zu verständigen. So kann die Kluft zwischen subjektiv Gemeintem und objektiv Wahrgenommenem überbrückt oder geschlossen werden.

3.3.2 Einstellung zum Staat Israel

Für die Einstellung zum Staat Israel gibt es unterschiedliche Optionen:

Vor allem ist die Ebene zu nennen, wo wir uns als Einzelne, Gemeinden und Kirche auch unmittelbar beteiligen können:

- Engagement für eine friedliche, gewaltfreie Regelung des Konflikts im Nahen Osten
- durch Unterstützung von Friedensinitiativen in Israel und Palästina
- durch Organisation von Informationsveranstaltungen zu Friedensinitiativen in Israel und Palästina
- durch Einladung von Mitgliedern der Friedensbewegung in Israel und Palästina
- durch Förderung von Begegnungsprogrammen in Israel (z.B. Talitha Kumi, Nes Ammin, Neve Shalom/Wahat al-Salam [vgl. Internet-Adressen]).

Außerdem ist zu nennen, was von jedem von uns im Alltag in Diskussionen und Gespräche eingebracht werden kann:

- Die Erinnerung von Selbstverständlichkeiten, die immer wieder in Vergessenheit geraten:
- Israel ist durch Beschluss der Staatengemeinschaft (UNO) gegründet worden.
- Israel ist Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft.
- Das Existenzrecht des Staates Israel steht außer Frage.
- Der Staat Israel ist nach seiner Verfassung ein demokratischer Staat mit allen dazugehörigen Merkmalen: freie Meinungsäußerung, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit.
- Wie jeder Staat der internationalen Staatengemeinschaft ist Israel auf die UN-Charta verpflichtet und bei Verletzungen der Charta rechenschaftspflichtig.
- Deutschland hat diplomatische Beziehungen zum Staat Israel. Darüber hinaus hat die Bundesrepublik Deutschland enge wirtschaftliche, kulturelle und militärische Beziehungen zu Israel.

3.3.3 Einüben des Erinnerns vor Ort

Ein wichtiges Element hinsichtlich des Antisemitismus ist das Sich-Erinnern. Erinnerung ist ein elementarer Baustein im Kampf gegen den Antisemitismus. Nur wer sich erinnert, entrinnt der Gefahr, die Taten seiner Vorfahren zu wiederholen.

Besuch von Stätten des Gedenkens

Es bietet sich an, am jeweiligen Ort Stätten des Gedenkens im direkten Bereich oder in der Umgebung einer Gemeinde bzw. Schule besuchen.

Hier gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, durch das Aufsuchen konkreter historischer Erinnerungspunkte, mit Gruppen zu arbeiten.

Einige solcher möglichen Erinnerungspunkte sollen genannt werden:

- Gedenksteine für ehemalige Synagogen
- Gedenksteine bzw. Hinweise auf Gebäude, die während des Nationalsozialismus bei der Diskriminierung bzw. der Deportation von Menschen jüdischer Herkunft eine Rolle gespielt haben (Bahnhöfe, ehemalige Gebäude der Gestapo)
- die so genannten „Stolpersteine“, die z. B. in Städten wie Köln, Düsseldorf oder Hilden vor Häusern eingelassen worden sind, um darauf aufmerksam zu machen, dass dort jüdische Menschen gelebt haben, die von Nationalsozialisten deportiert worden sind
- alte jüdische Friedhöfe

Bei der Durchführung von Gedenkveranstaltungen bzw. Initiativen ist darauf zu achten, dass dies möglichst in Abstimmung mit den jeweiligen jüdischen Gemeinden geschieht, weil bestimmte Formen des Gedenkens (wie z.B. durch die so genannten „Stolpersteine“) innerhalb der jüdischen Gemeinden sehr unterschiedlich diskutiert werden.

Jüdischer Geschichte im Stadtteil bzw. in der Stadt oder Region nachgehen

Mit Hilfe von Stadtarchiven (z. T. Schularchiven) oder Mahn- und Gedenkstätten ist es möglich, jüdischer Geschichte vor Ort nachzugehen. Dies ist eine Möglichkeit, einen Beitrag gegen das Vergessen zu leisten

Wer hat wo gewohnt ...?
Wer wurde wann deportiert oder konnte das Land rechtzeitig verlassen ...?
Welche alteingesessenen Geschäfte gehörten früher jüdischen Familien ...?

Es ist derzeit immer noch möglich, Zeitzeugen ausfindig zu machen, die bereit sind, über die damalige Zeit zu berichten.

Beteiligung an Gedenkveranstaltungen

Die Beteiligung an Gedenkveranstaltungen ist ein Ausdruck von Solidarität mit jüdischen Bürgern und Bürgerinnen. In einigen Städten bieten diese Gedenkveranstaltungen zudem die Möglichkeit der Begegnung mit jüdischen Gemeinden oder jüdischen Autoritäten.

Wichtigste Daten im Jahreskalender sind die folgenden Gedenktage:

- **9. November**
als Gedenktag der Pogromnacht 1938
- **27. Januar**
als Gedenktag der Befreiung aus dem Konzentrationslager Auschwitz

In vielen Städten werden gute Erfahrungen damit gemacht, anlässlich der Gedenkveranstaltungen in Zusammenarbeit mit Schulklassen und Gemeindegruppen wichtige Aspekte damaliger Ereignisse zu rekonstruieren. Schließlich sind Gedenktage immer auch Anlass, Zeitzeugen und Zeitzeuginnen einzuladen.

Gegen Vergessen

*Ich will mich erinnern
dass ich nicht vergessen will
denn ich will ich sein
Ich will mich erinnern
dass ich vergessen will
enn ich will nicht zuviel leiden
Ich will mich erinnern
dass ich nicht vergessen will
dass ich vergessen will
denn ich will mich kennen
Denn ich kann nicht denken
ohne mich zu erinnern
denn ich kann nicht wollen
ohne mich zu erinnern
denn ich kann nicht lieben
denn ich kann nicht hoffen
denn ich kann nicht vergessen
ohne mich zu erinnern
Ich will mich erinnern
an alles was man vergisst
denn ich kann nicht retten
ohne mich zu erinnern
auch mich nicht und nicht meine Kinder
Ich will mich erinnern
an die Vergangenheit und an die Zukunft
und ich will mich erinnern
wie bald ich vergessen muss
und ich will mich erinnern
wie bald ich vergessen sein werde*

(Erich Fried)

4. Statt eines Schlusswortes ein Hinweis auf das Naheliegende: Das eigene Denken, Reden und Handeln kritisch prüfen

An sich gibt es nichts Leichteres für uns, als einen Beitrag gegen Judenfeindschaft zu leisten. Alle können da etwas tun.

Ein erster Beitrag ist das Naheliegende: Das eigene Denken, Reden und Handeln kritisch zu prüfen.

Das ist auch der entscheidende Schritt.

Ein solcher Schritt ist ein Gewinn nicht nur für das Miteinander mit jüdischen Menschen in unserem Land. Es ist auch ein Gewinn von mehr Menschlichkeit: für uns selbst und das menschliche Miteinander ganz allgemein.

Denn die Beschäftigung mit Klischees, Ressentiments und all dem, woraus sich Antisemitismus nährt, macht sensibel für andere Vorurteilsstrukturen, die es in unserer Gesellschaft ja auch noch reichlich gibt. In diesem Sinne ist ein Engagement gegen Antisemitismus auch ein Engagement für ein gutes Miteinander aller Menschen.

Anhänge

A. Glossar:

Einige judenfeindliche Klischees näher erläutert

1. „Die Juden“ und die Erwählung

Erwählung kann im Sinne von „Berufung“ auch positiv besetzt sein. Im allgemeinen Sprachgebrauch hat der Begriff oft einen negativen Beigeschmack in dem Sinne, dass Juden und Jüdinnen sich als etwas Besonderes und Besseres gegenüber anderen fühlen. Ihnen wird vorgeworfen, sich abzusondern und sich nur um sich selbst und ihren Vorteil zu kümmern.

Nach biblischem Verständnis ist Israel das von Gott erwählte Volk. Indem der Gott Israels mit ihm einen Bund schließt, geht er ein besonderes Verhältnis mit ihm ein. „Bund“ und „Erwählung“ stehen in einem engen Zusammenhang. Das Bundeszeichen ist die Beschneidung der männlichen Mitglieder des Volkes. Mit der Erwählung sind Aufgaben und eine besondere Verantwortung verbunden. „Nur euch habe ich erkannt aus allen Geschlechtern der Erde, darum suche ich an euch heim alle eure Sünden.“ (Amos 3,2). Israel soll zu demütigem Gehorsam gegen Gott geführt werden (5. Mose 7,6-11). Die Last der Erwählung ist schwer, so wird Israel auch „Knecht Gottes“ genannt. Gott handelt an Israel exemplarisch. An Israel sollen die Völker Gott erkennen und durch das gelebte Beispiel seine Lehre annehmen. „Israel hat – das ist der tiefste Sinn seiner Begnadung durch Gott – die Aufgabe, beispielgebend auf die übrige Menschheit einzuwirken; es soll sein ethisches Gut nicht für sich behalten, sondern allen Völkern mitteilen, auf dass sie aufsteigen zu immer höherer Gesinnung.“ (Samson Hochfeld für den 21. Mai, in: Die Weisheit des Judentums, Gedanken für jeden Tag des Jahres, hg. von Walter Homolka und Annette Böckler, Gütersloh 1999). Und in der jüdischen Liturgie heißt es: „Uns hast du erwählt ... um dich zu loben, deine Einzigartigkeit zu bezeugen und dich zu lieben“. Vom Volk Israel wird die Befolgung einer Vielzahl von Geboten erwartet, den anderen Völkern sind nur die so genannten „noachidischen Gebote“ aufgetragen (vgl. Klaus Müller, Tora für die Völker, Berlin 1994).

Im Talmud wird die Frage, warum Gott ausgerechnet Israel erwählt habe, so gedeutet: Gott habe allen Völkern seine Thora angeboten. Weil aber darin so schwere Forderungen enthalten waren, hätten sie diese zurückgewiesen. Nur Israel habe die Thora angenommen, ohne vorher nach den Forderungen zu fragen. Somit bedeutet die Erwählung und ihre Annahme keine Bevorzugung Israels und umgekehrt auch keine Zurücksetzung der anderen Völker: „Ein Heide, der sein Leben dem Studium weihet, steht höher als selbst der Hohepriester, der in Unkenntnis der Thora lebt.“ (Sifra zu Achare Mot). So versteht es auch Simon Bernfeld: „Die Erwählung hat dem jüdischen Volk nur Pflichten auferlegt, aber ihm keine bevorzugte Stellung gewährt.“ (Die Weisheit des Judentums, a.a.O., für den 19. Dezember).

2. „Die Juden“ und die Kreuzigung Jesu

Bis heute hält sich das Vorurteil: „Die Juden sind schuld an der Kreuzigung Jesu“. Der Schuldvorwurf wird noch dadurch verstärkt, dass er als „Gottesmord“ verstanden wird. Man beruft sich dafür fälschlicherweise auf Aussagen des Neuen Testaments, verallgemeinert diese und beachtet nicht den historischen Zusammenhang.

Was besonders schwer wiegt: Der Vorwurf, die Juden hätten Schuld am Tode Jesu, bezieht sich nicht – wie z.B. in jeder Rechtsprechung üblich – auf die damalige sadduzäische Hierarchie, der eine konkrete Beteiligung und/oder Schuld historisch nachgewiesen werden könnte, er wird auf „die“ Juden in aller Welt und zu allen Zeiten übertragen, eine Art überzeitliche, immer gültige Kollektivhaftung. Damit waren und sind „die Juden und Jüdinnen“ nicht nur generell belastet und angreifbar, sie müssen auch prinzipiell alle „bestraft“ werden. Haben sie dies nicht sogar selbst verschuldet und geschrien „Sein Blut komme über uns und unsere Kinder.“ (Matthäus 27,25)? Haben sie sich damit nicht selbst verflucht?

Was ist damals passiert?

Die Kreuzigung stammt aus dem Orient und gilt als die grausamste Todesstrafe im Altertum. Der Todeskampf konnte mehrere Stunden, sogar Tage dauern. Zur Abschreckung blieb der Leichnam am Kreuz hängen. Die Kreuzigung als Todesstrafe wurde über Schwerverbrecher, Tempelräuber, Fahnen-

flüchtige, Hochverräter und Aufrührer sowie über Sklaven verhängt. Seit der Zeit Herodes d. Gr. (37-4 v. Chr.) wurde sie nicht mehr praktiziert und galt seitdem in Judäa als ausgesprochen römische Hinrichtungsart. Zwar findet sich im 5. Buch Mose 21,22 ein Hinweis, wonach der Verbrecher an ein Holz gehängt werden soll, aber es wird in der jüdischen Tradition ausdrücklich festgestellt, dass dies nur nach vorheriger Tötung des Schuldigen erfolgen durfte. Außerdem musste der Leichnam noch am gleichen Tag abgenommen und begraben werden.

Die Kreuzigung Jesu fand um das Jahr 30 n. Chr. statt, in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum Passahfest. Aus Anlass dieses alten Wallfahrtsfestes kamen viele Juden nach Jerusalem zum Tempel: Die Stadt war überfüllt. An einem Passahfest wird nach jüdischer Glaubensvorstellung der Messias kommen. Insbesondere angesichts der politischen Situation, der Besatzung durch die heidnischen Römer, war die Hoffnung auf das Kommen des Messias, das zugleich den Beginn der messianischen Freiheit (Wiederaufrichtung des davidischen Königreichs und politische Autonomie) bringen sollte, besonders hoch. Das Aufkommen von Unruhen wurde seitens der Besatzungsmacht deshalb aufmerksam verfolgt. Als sich solche Unruhen im Zusammenhang mit Jesu öffentlichem Auftreten andeuteten, sahen sich die Römer zum Eingreifen veranlasst. So kam es unter Beteiligung der sadduzäischen Hierarchie zu einer Voruntersuchung, zur Auslieferung an die Römer, sodann zu Prozess, Verurteilung und Kreuzigung, die nach herrschendem Recht nur auf Anordnung des römischen Statthalters, Pontius Pilatus (im apostolischen Glaubensbekenntnis wird er – und nicht „die Juden“ – ausdrücklich genannt), ausgeführt und von römischen Soldaten vollzogen werden durfte. Was die Evangelien berichten, steht in Einklang mit dem, was wir über die römische Praxis von Kreuzigungen wissen. „Die Juden“ sind also zunächst pauschal von Schuld freizusprechen. Eine Mitbeteiligung einiger Autoritäten der damaligen Zeit, Hohepriester, Älteste und Schriftgelehrte, kann dabei eine Rolle gespielt haben. Interesse an der Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ hatten insbesondere die Sadduzäer, die damalige Tempelaristokratie. Sie sympathisierten mit der römischen Obrigkeit und versprachen sich davon den Erhalt des Status quo und ihrer Privilegien.

Durch Jesu Säuberung des Tempels (die so genannte „Tempelreinigung“) und seinen darin zum Ausdruck kommenden prophetisch-messianischen Anspruch sahen sie Ruhe und Ordnung und damit ihre Interessen gefährdet. Möglicherweise lieferten sie deshalb den Römern die Anklagepunkte. Dagegen kommt die Gruppe der Pharisäer in der Kreuzigungsgeschichte nicht vor.

3. Der Gott der Juden: Ein Gott der Rache?

Vielfach hat sich das Christentum dadurch seiner Identität versichert, dass es das Judentum als „Negativfolie“ benutzt hat, um sich vor diesem dunklen Hintergrund umso heller hervorheben zu können. Dazu gehört auch bis heute die Behauptung, der Gott Israels sei ein Rachegott, der der Christenheit hingegen der Gott der Liebe.

Was hat es mit dem „Gott der Rache“ auf sich? Zunächst muss festgestellt werden, dass der Gott des Juden Jesus von Nazareth der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, also der Gott der Juden und Jüdinnen ist. Das Alte Testament kennt Gott insofern als Gott der „Ahndung“, als er selbst sich zum Richter des seinem Volk Israel von den Feinden angetanen Unrechts macht. Er ahndet aber ebenso die Sünden des eigenen Volkes.

Das fälschlicherweise mit „Rache“ übersetzte hebräische Äquivalent meint im biblischen Sprachgebrauch vor allem die Wiederherstellung von Recht und ausgleichender Gerechtigkeit. So erscheint als das zentrale Attribut des Gottes Israels schon im Alten Testament neben der Gerechtigkeit die Liebe. Dies ist durch zahlreiche Bibelstellen belegbar. Jedem Menschen wird nach seinem Verdienst vergolten, so fordert es die Gerechtigkeit Gottes: Er belohnt die Guten und bestraft die Bösen. Dies wird aber relativiert, denn die richtende Gerechtigkeit Gottes ist mit Milde gepaart. Gottes Liebe ist letztlich größer als seine richtende und strafende Gerechtigkeit. Gott kann also auf den Rechtsvollzug verzichten und die Strafe mildern: Er übt Gnade und Barmherzigkeit und nimmt reuige Sünder oder Sünderinnen wieder auf. Er ist der Gott der Liebe auch im Alten Testament. Der Mensch ist nicht der Willkür einer rächenden Gottheit ausgeliefert. Er wird an seinen Taten gemessen, er ist verantwortlich für sein Handeln, er hat die freie Entscheidung. Wenn es nur einen einzigen Gott gibt, an den

jüdische wie christliche Menschen glauben, dann gilt: „Ich bin der Ewige und keiner sonst, der das Licht bildet und die Finsternis schafft, Friede stiftet und Unheil schafft, ich, der Ewige, tue dies alles.“ (Jesaja 45,6-7) Gott lässt sich nicht aufteilen in einen alttestamentlichen „Gott der Rache“ für jüdisch und einen „Gott der Liebe“ für christlich Glaubende. Eine christliche Theologie, die die Liebe und Gnade Gottes überbetont und an der Gerechtigkeit durchsetzenden und Ungerechtigkeit ahndenden Eigenschaft Gottes nur Anstoß nimmt, vergisst den letzten Teil des 2. Artikels des Apostolischen Glaubensbekenntnisses: „...von dort wird er kommen zu richten die Lebenden und die Toten“.

4. „Auge um Auge – Zahn um Zahn“ als typisch jüdische Lebenseinstellung?

Speziell diese Rechtsformel aus dem Alten Testament (2. Mose 21,24) wird immer wieder herangezogen, um z. B. Aktionen des israelischen Militärs als „typisch jüdisch“ abzuqualifizieren. Indem diese Formel angeführt wird, wird implizit oder explizit auf das unterstellte Rache- und Vergeltungsdenken innerhalb des jüdischen Glaubens verwiesen. Innerhalb unserer christlichen Tradition gehört dies zu den verhängnisvollsten Vorurteilen gegenüber dem Judentum.

Die Formel „Auge um Auge – Zahn um Zahn“ geht auf die älteste Gesetzgebung in Israel zurück und kennt für Totschlag und Körperverletzung das „Jus talionis“. Darunter versteht man das Recht der gleichartigen Vergeltung (auch im Sinne einer Verstümmelung des Täters). Ob dies tatsächlich in der Frühzeit so praktiziert wurde, ist nicht mehr nachweisbar. Hingegen sind schon im deuteronomischen Reformgesetz und im Priesterkodex (5. – 7. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung) andere Auslegungen (und Praktiken) erkennbar. Wahrscheinlich ist die auf einer alten Tradition beruhende rabbinische (pharisäische) Ansicht, nach der an die Stelle der talio in der Regel ein Vergleich oder ein (gerichtlich festgesetztes) entsprechendes „Sühnegeld“ tritt.

„Auge um Auge ...“ ist demnach positiv zu verstehen. Letztlich fußt unsere Sozialgesetzgebung in einigen elementaren Teilen auf diesem Grundsatz. Der jüdische Theologe Martin Buber hat diese Gesetzesvorschrift folgendermaßen ins Deutsche übertragen:

„Aug-Ersatz für Auge – Zahn-Ersatz für Zahn“ und hat so den Sinn schon sprachlich sehr greifbar gemacht. Konkret geht es darum, dass jemand, der geschädigt worden ist, vor einer richterlichen Instanz einen Schadensersatz erhalten kann. Wurde jemandem z.B. ein Auge ausgeschlagen, so wurde von einem Richter der Schadensersatz bestimmt. Der Akzent liegt hierbei auf „Ersatz“ und bedeutet zugleich eine Eingrenzung im Sinne von „nicht mehr als ein Auge“. Ein solcher, uns heute humanistisch erscheinender Charakter der Strafe verbietet also eine überproportionale Strafhöhe. Ziel ist auch nicht, dass dem Täter oder der Täterin ebenfalls ein Auge ausgeschlagen wird, sondern dass er oder sie in die Pflicht genommen wird, für das Opfer aufzukommen. War z. B. das Opfer nun erwerbsunfähig, wurde Täter oder Täterin dazu verpflichtet, für das Opfer zu sorgen. Das alles wurde nicht direkt zwischen beiden, sondern über eine richterliche Instanz geregelt. Heute wird nach dem gleichen Prinzip gehandelt. So hat das „Auge um Auge ...“ etwas vorweggenommen, was in unserer Gesellschaft als Errungenschaft des Rechts- und Sozialstaates angesehen wird.

Die Rolle der richterlichen Instanz ist auch der Schlüssel zum Verständnis dessen, was Jesus zu diesem Rechtsgrundsatz gesagt hat. In der Bergpredigt sagt Jesus: „Ihr habt gehört, dass gesagt ist ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn‘. Ich sage Euch, dass ihr nicht widerstreben sollt dem Übel, sondern: Wenn dich jemand auf die rechte Backe schlägt, dann biete die andere auch dar ...“ (Matthäus 5,38ff). Auf den ersten Blick mag Jesu Rede den negativen Eindruck bestätigen, den das „Auge um Auge ...“ in unserer Tradition genießt. Aber in seiner Auslegung redet Jesus nicht gegen den zitierten Rechtsgrundsatz. Er sagt vielmehr, dass dieser Rechtsgrundsatz angesichts der damaligen römischen Besatzung nicht durchsetzungsfähig ist. Wurde z. B. ein Jude oder eine Jüdin von einem römischen Soldaten verletzt – ein Auge wurde ausgeschlagen – hatten sie keine Möglichkeit, vor einem Gericht für einen Aug-Ersatz zu streiten. In der Situation der Gesetzlosigkeit gibt Jesus den sehr pragmatischen Rat des aktiven gerichtlosen Widerstandes: „Pocht nicht auf Euer gutes Recht, da Ihr es ja doch nicht durchsetzen könnt. Erleidet lieber das Unrecht und verhaltet Euch so, dass Ihr die Gewalt nicht noch mehrt, sondern mindert!“.

Entsprechend wirkt die Aufforderung, auch noch die andere Backe hinzuhalten, als so genannte paradoxe Intervention entschärfend (deeskalierend). Wo das Recht von den Römern gebeugt wurde, gibt Jesus eine konkrete Lebenshilfe zum Überleben im Sinne einer alten biblischen Tradition, wehrlos an das Recht Gottes zu appellieren (Jesaja 50,6.8).

5. „Die Juden und das Geld“

Spätestens seit dem Mittelalter werden „die Juden“ und „das Geld“ auf negative Weise miteinander in Verbindung gebracht. Kamen Juden in früheren Zeiten als Wucherer in Verfall, entwickelte sich später der Vorwurf, dass sie durch das von ihnen angehäuften Geld Herrschaft ausüben und so insgeheim „alle Fäden in ihren Händen halten“ würden (vgl. den Vorwurf der Weltverschwörung).

Es gibt historische Gründe dafür, dass sie schon sehr früh mit dem Geld bzw. der Geldwirtschaft in Verbindung gebracht werden. Denn im Wirtschaftsleben des Mittelalters durften sich Juden in diesem Bereich betätigen. Zu den meisten anderen Berufen war ihnen der Zugang verwehrt. Darüber hinaus war ihnen der Besitz von Land verboten. Der Handel mit Geld war somit für viele die einzige Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Dieser Umstand wurde schließlich von den Fürsten insofern ausgenutzt, als sie jüdische Landsleute mit besonderen Steuern belegten und auf diese Weise den Geldhandel verschärften. Insgesamt war und ist aber der jüdische Anteil am Gesamtwirtschaftsleben nie besonders groß gewesen. Die Geldwirtschaft wurde schon im Mittelalter maßgeblich von anderen – nämlich von Christen – beherrscht.

Dass sich das Bild des „jüdischen Wucherers“ im geschichtlichen Gedächtnis so verhängnisvoll verankert hat, hängt auch damit zusammen, dass Judas Ischariot mit seinen „dreißig Silberlingen“ als Urbild für den „jüdischen Umgang mit Geld“ herangezogen wurde.

6. Israelische Politik und biblische Landverheißung

Die biblische Landverheißung stellt in jüdischem Selbstverständnis einen unlösbaren Zusammenhang zwischen dem „Land Israel“ und dem „Volk Israel“ her. Juden haben demgemäß ihr Leben außerhalb des „Landes

Israel“ als Exil begriffen und die „Rückkehr“ ins „Land Israel“ erhofft. Diese Hoffnung steht im Hintergrund der politischen Bestrebungen der zionistischen Bewegung um die Wende vom 19. zum 20. Jh. Deshalb hat die zionistische Bewegung – obwohl sie in den Anfangsjahren eine durch und durch säkulare Organisation war, die von den meisten religiösen Strömungen des Judentums vehement abgelehnt wurde – sich schon früh allen Überlegungen entgegengestellt, außerhalb des „Landes Israel“ die Errichtung einer so genannten „Heimstätte“ für das jüdische Volk anzustreben.

So sehr das jüdische religiöse Erbe in der säkularen politischen Bewegung des Zionismus wirksam blieb und gewahrt wurde, so flexibel zeigte sich die zionistische Bewegung bei der Umsetzung ihrer Ziele. Daher akzeptierte sie sowohl 1922 die Abtrennung des britischen Mandatsgebietes Palästina, durch die Teile des biblischen „Landes Israel“ außerhalb der Reichweite der zionistischen Bestrebungen blieben (Ostjordanland; südlicher Libanon), als auch den Teilungsplan der UN von 1947, durch den dieses Territorium nochmals fast halbiert wurde und die biblischen „Kerngebiete“ der Ansiedlung des Volkes Israel mit Jerusalem, Bethlehem, Hebron, Sichem usw. nicht zum Territorium des Staates Israel gehörten.

Erst mit der Eroberung Ostjerusalems und des Westjordanlandes 1967 gewannen messianisch-religiöse Strömungen im Judentum und in Israel an Boden, die die geographischen Umrissbiblischer Landverheißungen zum politischen Programm erhoben und damit ihre Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten und ihre Kampagnen gegen jede Rückgabe von besetzten Gebieten begründeten. Vor allem in Zeiten, in denen die israelische Regierung von dem nationalkonservativen Likud als stärkster Partei geführt wurde, übten diese religiösen Strömungen erheblichen Einfluss auf die israelische Politik in den besetzten Gebieten aus.

Nichtsdestoweniger lässt sich israelische Politik in letzter Konsequenz nicht von den Programmen messianisch-religiöser Strömungen leiten. Beispielsweise erkannte der israelische Verteidigungsminister im Jahr 1967, Mosche Dajan, den religiösen Sprengstoff, der mit der Eroberung Ostjerusalems und der Westbank verbunden war. Deshalb begab er sich sofort zum Waqf, der muslimischen Behörde, die für die Verwaltung der muslimischen Heiligen

Stätten in Palästina zuständig ist, und sicherte den Erhalt des „Status quo“ zu. Damit wurde allen jüdischen Phantasien von einer Zerstörung der Moscheen auf dem Areal des antiken Tempelberges, um Platz für den Bau des dritten Tempels zu schaffen, die Grundlage entzogen. Diese realpolitische Grundausrichtung israelischer Politik ist bis heute auch unter nationalkonservativ ausgerichteten Regierungen erkennbar. Der Rückzugsplan der Regierung Sharon aus dem Gazastreifen und Teilen der Westbank wurde gegen die Stimmen der national-religiösen Partei vom Parlament angenommen. Sie verließ daraufhin das Parlament.

7. Israel – ein Apartheidstaat?

Nahe bei den geschichtslosen Vergleichen israelischer Politik mit der Naziherrschaft steht der häufig erhobene Vorwurf, Israels Politik sei vergleichbar mit der Apartheidpolitik Südafrikas.

Richtig ist, dass die Zersplitterung des palästinensischen Gebiets und der Bau der Sperranlage als „sicherheitspolitische Maßnahme“ der israelischen Regierung an die „Homeland-Politik“ des Apartheidregimes in Südafrika erinnern kann.

Richtig ist auch, dass es bei einer Minderheit jüdischer Israelis Überlegenheitsgefühle gegenüber Palästinensern gibt, die auch rassistische Formen annehmen können.

Darin, dass sich Israel als „jüdischer Staat“ versteht und als solcher 1948 ausgerufen wurde (vgl. die Formulierung der Unabhängigkeitserklärung: „Errichtung eines jüdischen Staates im Lande Israel“), liegt auch eine latente Gefahr der Diskriminierung der nicht-jüdischen Bevölkerung.

Der grundlegende Unterschied zwischen der Verfassung und Politik Israels und des früheren Apartheidregimes in Südafrika und Namibia ist aber, dass Israel eine demokratische Struktur hat, nach der alle Bürgerinnen und Bürger ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Glaubens und ihrer politischen Überzeugung nach dem Gesetz gleich behandelt werden, während das Apartheidregime aus ideologischer Überzeugung eine rassistische Verfassung und Politik mit eingeschränkten politischen, ökonomischen und kulturellen Rechten der Mehrheitsbevölkerung zugunsten einer Minderheitenelite vertrat. Zu behaupten, Israel speise seine politischen Motive aus derselben Quelle wie die burische Elite Südafrikas, ist deshalb nicht zutreffend.

8. „Die Juden“ und die Weltverschwörung

Im 19. und 20. Jahrhundert herrschte in vielen Kreisen das Vorurteil, der jüdische Einfluss auf das Leben in Wirtschaft (vgl. A.5 „Die Juden und das Geld“), Kultur und Politik habe sich verstärkt. Dieser Einfluss – so die Meinung – geschehe zum Teil verdeckt und sei auf eine internationale jüdische Verschwörung zurückzuführen.

In einer immer komplizierter werdenden Welt stoßen bis auf den heutigen Tag Verschwörungstheorien auf viele offene Ohren. Theorien, die das Judentum betreffen, fallen schon deshalb auf fruchtbaren Boden, weil die christlich geprägten Gesellschaften in Europa schon immer in „den Juden“ ein ihnen fremdes und damit feindliches Gegenüber gesehen haben. Bestärkt wurden diese Verschwörungphantasien durch die Assimilation vieler Juden und Jüdinnen in Westeuropa, die dieses ausgrenzende Gegenüber mehr und mehr aufweichte. Mit Assimilation ist ein Prozess gemeint, in dem sich Deutsche jüdischen Glaubens entweder durch Anpassung oder durch Konversion zum Christentum in die Gesellschaft einfügten, um so auch zu all den Bereichen Zugang zu finden, die ihnen bis dahin verwehrt waren.

Das bekannteste und bis heute wirkmächtige Beispiel für eine solche Verschwörungstheorie sind die so genannten „Protokolle der Weisen von Zion“, nachgewiesenermaßen die Fälschung einer Schrift, die sich ursprünglich gar nicht auf jüdische Menschen bezog. Zuerst wurde sie in Russland im ausgehenden 19. Jahrhundert verbreitet und fand dann in ganz Europa ein großes Echo. Noch heutzutage wird diese Schrift wider besseren Wissen nachgedruckt und in letzter Zeit besonders in islamischen Ländern vertrieben (vgl. die Präsentationen der „Protokolle der Weisen von Zion“ an Ständen arabischer Staaten auf der Frankfurter Buchmesse 2005).

Auf dem Hintergrund solcher und ähnlicher Verschwörungstheorien ist die heute nicht nur in antisemitischen Kreisen weit verbreitete Rede von der „großen Macht der jüdischen Lobby“ in Amerika kritisch zu beurteilen. Ähnlich wie bei der Frage des Geldes werden die Fakten verzerrt. Um beim Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika zu bleiben, bilden dort alle gesellschaftlichen Gruppen und wirtschaftlichen Interessenvertreter ihre Lobby. Im politischen System

Amerikas hat das etwas Selbstverständliches und gehört zum politischen Tagesgeschäft. Die jüdische Lobby ist nur eine unter vielen. Aber nur von ihr wird gesprochen, während die anderen kaum wahrgenommen werden.

9. „Die Juden müssen moralisch besser sein“

Meist werden in der öffentlichen Diskussion andere Maßstäbe an das jüdische Volk als an andere Völker gelegt: Juden und Jüdinnen müssen, weil sie die Perspektive der Opfer über Jahrhunderte kennen gelernt haben, besser als alle anderen sein. Der jüdische Historiker Dan Diner nennt das die von außen auf das Judentum projizierte Erwartung der „Inkarnation der Menschlichkeit“.

Aber Juden und Jüdinnen sind Menschen wie alle anderen: Menschen mit allen Stärken und Schwächen. Menschen, die sich auch irren und wie andere auch ignorant und feindselig sein können. Reden oder handeln sie so, wiegt das von der Erwartung abweichende Verhalten umso schwerer. Ein Effekt ist, dass sie, gemessen an dem an sie herangetragenen Ideal, nur scheitern können. Letztlich ist das eine subtile Art, sich alte Vorurteile bestätigten zu lassen.

Besonders schwer wiegt diese Sichtweise, wenn sie aus „ihrer Opferrolle“ heraustreten, selbst zu Handelnden werden und Gewalt anwenden. So handelte sich die israelische Regierung infolge der gewalttätigen Auseinandersetzungen, in die der Staat Israel verwickelt ist, und speziell angesichts des Umgangs mit der palästinensischen Bevölkerung den Vorwurf ein, als „Opfer des Nationalsozialismus“ genauso schlimm wie die damaligen Täter, d. h. „die Nazis“, zu sein. Solche Vergleiche mit dem Nationalsozialismus und seinen gesetzlich verankerten systematischen Menschenrechtsverletzungen sind unhaltbar. Werden solche Vergleiche aber angewendet, dienen sie meist der eigenen Entlastung oder haben einen ideologischen Hintergrund. Gebärden sich die Opfer von einst – so die dahinterstehende Logik – vermeintlich wie die damaligen Täter, wiegt die Bürde der eigenen Geschichte, insbesondere des nationalsozialistischen Regimes, nicht mehr so schwer.

B. „Vom Antijudaismus zum Antisemitismus“. Ein knapper historischer Überblick

1. Vorrede

In seinem Buch „Mein Weg als Deutscher und Jude“ formulierte der Schriftsteller Jakob Wassermann 1921 (Berlin 1921) mit bestürzender Deutlichkeit die Vergeblichkeit jüdischen Integrationswillens angesichts einer Gesellschaft, die trotz aller politischen Emanzipation nicht vom Antisemitismus lassen wollte. „Bei der Erkenntnis der Aussichtslosigkeit der Bemühung wird die Bitterkeit in der Brust zum tödlichen Krampf. Es ist vergeblich, das Volk der Dichter und Denker im Namen seiner Dichter und Denker zu beschwören. Jedes Vorurteil, das man abgetan glaubt, bringt, wie Aas die Würmer, tausend neue zutage. Es ist vergeblich, das Gift zu entgiften. Sie brauen frisches. Es ist vergeblich, für sie zu leben und für sie zu sterben. Sie sagen: Er ist ein Jude.“ Wassermann stand mit seiner skeptischen Einschätzung keinesfalls allein, ebenso wenig wie diejenigen jüdischen Bürgerinnen und Bürger, die weiterhin von einem Assimilationsoptimismus geprägt waren, wusste man doch aus der Geschichte der Vorfahren und Gemeinden von weitaus rechtloseren Zeiten.

Von Beginn der Diaspora an waren die Lebensumstände der europäischen Juden und Jüdinnen von sozialer Ausgrenzung und wellenartig wiederkehrenden Verfolgungen geprägt und hatten sich erst langsam im Zuge der Aufklärung und Modernisierung der Gesellschaften im 18./19. Jahrhundert deutlich verbessert. In bestimmten Gebieten Russlands kam es noch bis Anfang des 20. Jahrhunderts zu Pogromen. Gleichzeitig hatte sich der neue Begriff „Antisemitismus“, der wohl um 1880 von dem Journalisten Wilhelm Marr geprägt wurde, als Sammelbezeichnung für die unterschiedlichsten Formen der Judenfeindschaft in der Öffentlichkeit schnell festgesetzt. Undenkbar aber war, trotz aller menschenverachtenden Rhetorik der Antisemiten, dass das größte Verbrechen an den jüdischen Nachbarn und der tiefste Einschnitt in die europäische Zivilisationsgeschichte mit der Schoa erst noch folgen sollte. Dabei bleibt zu bedenken, dass die Entwicklung des Antise-

mitismus keineswegs mit naturgesetzlicher Gewalt, an dessen Ende zwangsläufig die Schoa stehen musste, vonstatten ging. Stets war die Ausgrenzung von Juden und Jüdinnen bis hin zum Völkermord durch den Nationalsozialismus gebunden an bestimmte politische, soziale und religiös-kulturelle Bedingungen und Verantwortlichkeiten. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem historischen Antisemitismus sowie mit entsprechenden Tendenzen in der Gegenwart sollte den Blick „für die verhängnisvolle Macht von Vorurteilen“ schärfen und zugleich Perspektiven „für die Möglichkeit ihrer Überwindung“ andeuten.

„Vorurteile entstehen aus der Erfahrung nationaler, sozialer, kultureller oder religiöser Andersartigkeit, die ohne das Bemühen um Verständnis und Einfühlung zur gesellschaftlichen Abwehrreaktion führt: Eine solche Ghettoisierung des Denkens kann – wie die Geschichte erweist – zur Vorstufe für eine reale Ausgrenzung im sozialen und politischen Ghetto werden.“ (Herbert A. Strauss/Norbert Kampe (Hrsg.), Antisemitismus – Von der Judenfeindschaft zum Holocaust. Bonn 1985, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 213, S. 7)

2. Von der Antike bis zum späten Mittelalter

Nach dem Tode König Salomos um 926 v. Chr. hatten sich die zehn nördlichen Stämme vom Zentralstaat losgesagt und das Königreich Israel gebildet, der südliche Teil verblieb als Königreich Juda. Die Geschichte Israels zeigt - seit der Eroberung des Nordreichs durch Assyrien um 722/1 v. Chr., der Zeit des Babylonischen Exils zwischen 586-536 und schließlich nach den erfolglosen Aufständen gegen die römische Vorherrschaft in den Jahren 66-73 und 132-135 n. Chr. und der in diesem Zusammenhang erfolgten symbolträchtigen Zerstörung des Zweiten Tempels in Jerusalem - das Schicksal eines zerstreuten Volkes, das mit großer Beharrungskraft seiner Erwählung und Berufung und seinen Weisungen treu blieb. Ihr Monotheismus und die daran gebundenen Gebote (vor allem das Einhalten des Ruhetaggebots, die Ablehnung anderer Götter, was auch den gottähnlichen Rang der Kaiser einschloss, eine Abgrenzung gegenüber anderen sozialen Gruppen, die Praxis der Beschneidung, ...) sorgten schon in der antiken, heidnischen Mittelmeerwelt

gelegentlich für Verwirrungen, die vor allem in entsprechenden vorurteilsgeladenen Äußerungen und Beschuldigungen griechischer und römischer Autoren überliefert sind (z. B. bei Seneca, Tacitus, Pompeius). Von einer verhängnisvollen Langzeitwirkung sollte allerdings der innerhalb des Frühchristentums z.B. von Melito von Sardes im 2. Jahrhundert geäußerte „Gottesmord-Vorwurf“ sein. Schon er hatte „die Juden“ für den Tod Christi verantwortlich gemacht und die Zerstörung des Zweiten Tempels als entsprechende Strafe Gottes gedeutet. Es entwickelten sich aber zur damaligen Zeit kaum kollektiv wirksame Vorurteilsstrukturen oder Ausbrüche von Volkszorn (ein Sonderfall war vielleicht nur Alexandria, wo es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen einer großen jüdischen Kolonie und der griechischen Bevölkerung kam), und das Römische Reich kannte mit Ausnahme der Zeit des Bar-Kochba Aufstandes keine längerfristig bewusst angelegte oder zentral gesteuerte Judenfeindschaft (vgl. zur vorchristlichen Judenfeindschaft Léon Poliakov, *Geschichte des Antisemitismus Bd.I Von der Antike bis zu den Kreuzzügen*. Worms 1979 S.1-12.).

Trotz einiger rechtlicher Probleme, die aus den angedeuteten religiösen Pflichten erwachsen, unterschied sich die gesellschaftliche Stellung der Juden nicht grundsätzlich von der anderer Völkergruppen im Imperium Romanum. Dies änderte sich erst im Verlauf des 4. Jahrhunderts n. Chr., als das Christentum zur Staatsreligion wurde. Einige rechtliche Ausnahmeregelungen sowie das Misstrauen von Bischöfen gegenüber der Anziehungskraft des Judentums für die christliche Bevölkerung signalisierten eine zunehmende Distanz. Dennoch vermittelt das gesamte Frühmittelalter den vorherrschenden Eindruck eines friedlichen Miteinanders von Christen und Juden. Eine judenfeindliche Grundstimmung ist noch nicht auszumachen, und vor allem bei den weltlichen Herrschern erfreuten sich Juden oft hoher Wertschätzung aufgrund ihrer wirtschaftlichen und kaufmännischen Kompetenz und ihrer Kontakte, die bis weit in den byzantinischen und islamischen Raum reichten.

Dies änderte sich grundlegend um 1100, als es im Zusammenhang mit dem Aufruf zum ersten Kreuzzug (1096) zu den ersten großen Pogromen gegen die jüdischen Gemeinden Nordfrankreichs und des Rheinlandes kam.



Das Feindbild vom konkreten militärisch-politischen Konkurrenten in den islamischen Machtzentren wurde durch das vom „theologischen Gegner“ ergänzt und schloss dann alle „Ungläubigen“ und „Christusleugner“ schon in der Heimat mit ein. Hierdurch kam es zu einer für die Juden und Jüdinnen verheerenden Verschiebung der Kreuzzugspropaganda. Mit der heilsgeschichtlichen Wendung der Judenfeindschaft, die Sündenvergebung und Belohnung im Jenseits für begangene Gewalttaten gegen „Ungläubige“ bereithielt, war zudem die Preisgabe der christlichen Sinngabe der jüdischen Diaspora verbunden, die Juden und Jüdinnen als Träger „der alten Bücher“ und lebendige, nur eben noch nicht zur Einsicht gekommene Zeugen und Zeuginnen für Gottes Wirken sah, was ihnen in der Zeit vor 1096 wenigstens das Existenzrecht und die religiöse Autonomie erlaubt hatte.

Die Folgen dieses Paradigmenwechsels wurden nach dem Abklingen der ersten Pogromwelle sichtbar: Nichts wurde wieder wie vorher. Nun begann die fatale Entwicklung von Vorurteilmustern und antijüdischen Legendenbildungen, die die Mentalität der christlichen Mehrheitsbevölkerung in den folgenden Jahrhunderten bis in das 20. Jahrhundert hinein nachhaltig bestimmen sollte. Vom Tode Christi, der ihnen zur Last gelegt wurde, über die Vorwürfe der Hostienschändung, der Brunnenvergiftung (vor allem während der Zeit der großen Pest) und des Ritualmordes (um mit dem gewonnenen Blut das Passah-Mahl zu feiern) reichte die Palette irrationaler Verdächtigungen, die

*Christliche Vorstellung von einem jüdischen Ritualmord (1493)
Quelle:
Staatsbibliothek Berlin*



*Jüdischer
Geldverleiher,
Holzschnitt 1531
Quelle:
Staatsbibliothek
Berlin*

zusammen mit den bekannten religiös-wirtschaftlichen Vorurteilen (der Jude als arbeitsscheuer Wucherer, der das kanonische Zinsverbot für Christen zu seinen Gunsten ausnutzte) der Gesellschaft immer wieder dazu dienten, den Sündenbockmechanismus in Gang zu setzen und die jüdische Minderheit für alle erdenklichen Probleme verantwortlich zu machen. Dabei muss diese Form der Ausgrenzung von der ‚normalen‘ Abgrenzung im Alltagsleben, die von den religiösen Instanzen beider Gruppen zur Wahrung der sozialen und religiösen Identität gefordert und praktiziert wurde, abgehoben werden. Selbst das später so einschränkende Leben im Ghetto wurde zunächst nicht als die entscheidende Benachteiligung gesehen, war es doch für den mittelalterlichen Menschen an der Tagesordnung, dass z. B. bestimmte Berufsgruppen in eigenen Vierteln zusammen wohnten und eine eigene Kleiderordnung besaßen. Zudem erlaubte das Zusammenleben in abgeschlossenen Stadtvierteln den jüdischen Gemeinden, je nach Region und Wohlwollen des Herrschers bzw. Magistrats, eine partiell wirkungsvolle Selbstverwaltung, was in Zeiten ständischer Herrschaftsstrukturen und angesichts des

Ausschlusses von Grundbesitz und „christlichen“ Handwerksberufen bzw. Gilden/Zünften eine nicht zu unterschätzende Voraussetzung für das, wenn auch meist karge, Überleben bot. Dass sich der Antijudaismus infolge der Kreuzzüge verschärfte, hing schließlich wesentlich mit der Machtverschiebung zugunsten des römischen Papsttums zusammen, wodurch das kirchliche Judenrecht häufig das weltliche überlagerte und stärkere Einschränkungen im Alltagsleben fest schrieb, bis hin zum Ämterverbot und einer Kleiderverordnung (Judenhut/Judenfleck), die nach dem 4. Laterankonzil 1215 wirksam wurden. Als Reaktion auf diese Erfahrungen kam es in den jüdischen Gemeinden zu einer religiösen Selbstabschottung und Verinnerlichung, die besonders für das deutsche Judentum bis ins 18. Jahrhundert charakteristisch war.

Ohne Zweifel gab es auch weltliche wie geistliche Herrscher, die sich schützend vor ihre jüdischen Untertanen stellten, wie Kaiser Friedrich II., Papst Innozenz IV. oder Clemens VI.. Häufig spielte aber auch bei den Kaisern und Königen das Nützlichkeitsdenken eine entscheidende Rolle, wie etwa bei der sogenannten „Kammerknechtschaft“, bei der die Juden und Jüdinnen als „Gegenleistung“ entweder kaufmännische Leistungen zu erbringen hatten oder einfach als Steuerobjekte dienten. Nicht selten geriet ihnen der kaiserliche Schutz in den auf Eigenständigkeit bedachten Städten zum Nachteil, waren sie doch dem direkten städtischen Macht- und Steueranspruch entzogen, was die christlichen Bewohner wiederum als ungerechtfertigte Bevorzugung ansahen und ihre Abneigung gegen „die Juden“ noch stärker werden ließ. Kamen wirtschaftliche und soziale Krisen, Naturkatastrophen oder Epidemien hinzu, folgten fast unweigerlich Verfolgungen, wie im Zusammenhang mit der Pest im 14. Jahrhundert, die mit einer großen Fluchtwelle jüdischer Menschen nach Mittel-Osteuropa verbunden war.

3. Die Neuzeit

Das europäische Judentum verbrachte die lange Wegstrecke des Mittelalters und der frühen Neuzeit in sozialer und religiöser Absonderung von der sie umgebenden christlichen Bevölkerung, was es selbst als von Gott zur Prüfung auferlegtes Schicksal ertrug und mit der Hoffnung auf Erlösung und Rückkehr nach Zion verband. An diesen Lebensumständen änderten auch die Renaissance und die Reformation nichts. Auf letztere hatten viele Juden und Jüdinnen zunächst große Hoffnungen gesetzt und z. B. frühe Äußerungen Luthers („Dass Jesus Christus ein geborener Jude sei“, 1523) als Anzeichen eines möglichen Neubeginns gedeutet, bis sie auch diesbezüglich bitter enttäuscht wurden und in den protestantischen Ländern ebenfalls als „heillose Leute“ (Luther) ausgegrenzt blieben. Von Luther selbst war wieder einmal die Bekehrungsunfähigkeit der „verstockten Juden“ hervorgehoben worden. Daraus leitete er seine fatale Aufforderung an die Obrigkeit zu einer ganzen Reihe von Maßnahmen gegen die Juden ab, die bis auf die systematische Ermordung nahezu alle Maßnahmen der NS-Herrschaft vorwegnahm.

Nur durch die Lossagung vom Judentum war es in der Regel möglich, die eng gesetzten Grenzen jüdischen Lebens zu überschreiten. Erst im Absolutismus (17./18. Jahrhundert) gelang einigen wenigen Juden und Jüdinnen der gesellschaftliche Aufstieg auch ohne Konversion, weil eine Reihe von Fürsten angesichts ihrer aufwändigen Hofhaltung und Machtpolitik auf fähige Finanzbeamte angewiesen waren. Allerdings war die so gewonnene gesellschaftliche Stellung der „Hoffaktoren“ oder „Hofjuden“ genannten Personen äußerst gefährdet, wie der berühmte Fall von „Jud Süß“ Oppenheimer zeigt, gegen dessen Einfluss am Württembergischen Hofe die Stände aufbegehrt, so dass Oppenheimer schließlich hingerichtet wurde. Langfristig spielte die europäische Aufklärung mit ihrem optimistischen Bildungs- und Humanitätsideal (die Freundschaft zwischen Lessing und Mendelssohn sei hier stellvertretend genannt) für die Forderung nach einer Emanzipation des Judentums eine entscheidende Rolle. Diese selbst ging jedoch zunächst im Schnecken-tempo voran, so dass noch Heinrich Heine sich taufen ließ, um „das Entreebillet zur europäischen Kultur“ zu erhalten.

Aber selbst als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Großteil des europäischen Judentums schließlich die volle bürgerliche Gleichstellung erlangte (in Deutschland mit der Reichsverfassung von 1871), bedeutete dies keine volle Integration. Staatliche Führungspositionen, Beamtschaft, Universitätslehrstühle und Militärlaufbahnen waren noch lange Zeit Bereiche, zu denen jüdische Bürger und Bürgerinnen, vor allem in Deutschland und Österreich, nur in Ausnahmefällen Zugang erhielten. Und selbst im bürgerlich-parlamentarischen Frankreich blieb der Antisemitismus offenkundig, wie Ende des 19. Jahrhunderts die Dreyfuß-Affäre der europäischen Öffentlichkeit schlagartig bewusst machte.



Zu einer der großen Enttäuschungen des assimilierten deutschen Judentums sollte schließlich die so genannten „Juden-zählung“ im Ersten Weltkrieg werden. Obwohl man sich wie alle anderen Deutschen „pflichtbewusst“ zum Kriegsdienst gemeldet hatte (insgesamt dienten 100.000 Juden im deutschen Heer, 12.000 fielen, 1500 erhielten das Eiserne Kreuz 1.Klasse), veranlasste 1916 das deutsche Kriegsministerium aufgrund der Eingabe eines antisemitischen Reichstagsabgeordneten die diskriminierende Zählung, die statistisch zeigen sollte, dass relativ weniger Juden als Nichtjuden an der Front dienen würden und mehr Reklamierte (im Volksmund ‚Drückeberger‘) als Dienende gemeldet seien. Als die Zählung dieses ju-

*Postkarte um 1900
Quelle: Eduard Fuchs,
Die Juden in der
Karikatur. Ein Beitrag
zur Kulturgeschichte,
München 1921*

denfeindliche Wunschziel nicht bestätigte, wurde das Ergebnis nicht veröffentlicht. Es gehört zu den schuldbelasteten Zusammenhängen, dass just im Jahrhundert der bürgerlichen Emanzipation, als den Juden und Jüdinnen unter dem Einfluss des Toleranzgedankens der Aufklärung, der Verfassungen der USA (1787) und der Französischen Revolution (1791) sowie der preußischen Reformgesetze von 1812 die Gleichberechtigung nach und nach zumindest formell zugestanden wurde, sich in Gestalt eines rassistisch begründeten Antisemitismus eine neue Form der Judenfeindschaft entwickelte. Nun musste der in Teilen des jüdischen Bürgertums durch Bildungshunger, Flexibilität und Fleiß möglich gewordene schnelle soziale Aufstieg dafür erhalten, alten Vorurteilen frische Nahrung zu geben. In Teilen des neuen national-konservativen Bürgertums und der durch den gesellschaftlichen Wandel und die industrielle Revolution verunsicherten kleinbürgerlichen Volksschichten stieß der Rassenantisemitismus auf fruchtbaren Boden. Wirksam wurde die Behauptung, dass „der Jude“ einen biologisch minderwertigen Fremdkörper, einen „Parasiten“ innerhalb der europäischen Völker darstelle, der das nationale Kulturleben zu zersetzen drohe, in unlauterer Weise seine neue Freiheit ausnutze, indem er sich im Wirtschaftsleben breit mache und das ehrliche deutsche Handwerk zerstöre und darüber hinaus durch seine internationale Umtriebigkeit und das Finanzjudentum nach der Welt-herrschaft strebe.

Gleichzeitig machte man nun auch der jüdischen Gemeinschaft zum Vorwurf, dass einzelne Vertreter, meist Journalisten und Schriftsteller, sich innerhalb der sozialistischen Bewegung engagierten und die bestehende Ordnung revolutionär umstürzen wollten. Namen wie Arthur Graf Gobineau, Houston Stewart Chamberlain, der Hofprediger Adolf Stoecker, Eugen Dühring oder Richard Wagner sowie eine Reihe von offen antisemitischen Parteien und nationalistischen Organisationen stehen für diese Art von aus heutiger Sicht absurd erscheinender, in sich widersprüchlicher Propaganda. Im Deutschen Kaiserreich fand der Antisemitismus um 1880 einen erneuten Aufschwung, als der Siegestaumel von 1870/71 verflogen war und durch den Kulturkampf und eine längere Wirtschaftskrise nach dem Boom der Gründerjahre Enttäuschung und Unsicher-

heit Teile der Bevölkerung erfasste. Eine breite öffentliche Auseinandersetzung zog dabei eine Schrift des renommierten Historikers und Publizisten Heinrich von Treitschke nach sich, der vor der Gefahr eines „Zeitalters deutsch-jüdischer Mischkultur“ warnte und trotz der durchaus von ihm wahrgenommenen nationalen Verdienste zahlreicher deutscher Juden dennoch den verhängnisvollen Schlusssatz „Die Juden sind unser Unglück“ niederschrieb und damit eines der Schlagwörter des späteren Nationalsozialismus schuf. Immerhin war es zu dieser Zeit möglich, dass entschiedener Widerspruch geäußert wurde. Am wirkungsvollsten war die Antwort des großen liberalen Historikers Theodor Mommsen, der seinem Kollegen antwortete: „Das ist der eigentliche Sitz des Wahnes, der jetzt die Massen erfasst hat und sein rechter Prophet ist Herr von Treitschke. Was heißt das, wenn er von unseren israelitischen Mitbürgern fordert, sie sollen Deutsche werden? Sie sind es ja, so gut wie er und ich.“

Fast das ganze Repertoire des späteren nationalsozialistischen Antisemitismus ist in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Kern schon entwickelt:

- die pseudowissenschaftliche Begründung der Rassentheorie
- der Gedanke, durch Rücknahme der Emanzipation die jüdische Gemeinschaft wieder de jure auszugrenzen (vgl. die Nürnberger Gesetze von 1933)
- ihr die Betätigung in bestimmten Wirtschaftsbereichen zu untersagen
- Ausbildungsmöglichkeiten zu beschneiden
- bis hin zu dem auf bunten Karikatur-Postkarten verbreiteten Vorschlag, alle Juden und Jüdinnen nach Palästina auszusiedeln
- ohne behördliche Maßnahmen befürchten zu müssen, konnten Hotels, Restaurants und selbst Seebäder schon im Kaiserreich Schilder aushängen, die den Zutritt für Juden und Jüdinnen untersagten (vgl. dazu das informative Buch von Frank Bajohr ‚Unser Hotel ist judenfrei‘ – Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M. 2003)

Das besonders Perfide des modernen Antisemitismus, wie er sich im 19. Jahrhundert entwickelte, war dessen rassentheoretisch-biologische Begründung und seine Nähe zum Sozialdarwinismus.

Schwankte die christliche Judenfeindschaft in Mittelalter und in der frühen Neuzeit zwi-

schen Phasen der Duldung und Verfolgung, so hielt sie mit der Taufe zumindest einen potenziellen, wenn auch für die jüdischen Gemeinden inakzeptablen Ausweg aus lebensbedrohlichen Situationen bereit. Eine frühe Ausnahme war nur die spanische Inquisition, hier sollte schon im 16. Jahrhundert „die Reinheit des Blutes“ nachgewiesen werden. Die letzte Konsequenz des modernen Rassenantisemitismus aber war die geplante Vernichtung, da nach seiner Überzeugung weder Assimilation noch Taufe die rassistische Prägung beseitigen konnten. Dass dieses Gedankenkonstrukt im Zeitalter des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und einer rasanten gesellschaftlichen Modernisierung entstand und dort seine zerstörerische Wirksamkeit entfaltete, gehört zu den großen Ungeheuerlichkeiten der modernen Kulturgeschichte und erinnert daran, wie dünn das Eis der uns heute so selbstverständlichen Zivilisation letztlich ist. Eine Zivilisation, um die ein großer deutscher Jude, Walter Rathenau, stellvertretend für viele andere kämpfte.¹

-
1. Eindrucksvoll lässt sich das in einem Brief an Wilhelm Schwaner, einen seiner wenigen Duzfreunde, lesen. Dabei gehört es zur Tragik Rathenaus, dass Schwaner, ein unverhohlener Rassentheoretiker, mit seinen Schriften einen großen Einfluss auf die völkisch-frühnationalistische Bewegung und damit jene Kreise ausübte, aus denen die Mörder Rathenaus kamen: "Berlin, den 23.1.1916. Lieber Wilm! Den Schmerz, den Dein erster Brief mir gab, hat der zweite gemildert. Von Bitterkeit war und bleibt kein Hauch; doch muss ich, der Wahrheit und meinem innersten Empfinden zu lieb, versuchen, in herzlicher Freundschaft und menschlicher Freiheit auszusprechen, was zwischen uns geklärt werden muss (...) Kein Wort darf und soll Dich verletzen, jedes Wort bleibt von Freundschaft getragen. Lieber, unser Werk ist und bleibt das einzige und gleiche, soweit wir unserm Lande und unserem Volke dienen, (...) Hierin ist mein Werk beschlossen; Deines geht weiter. Du dienst einer Aufgabe, die schon deshalb mir würdig und achtungswert ist, weil Du ihr dienst, und von der ich nie gefragt habe, ob sie mein Dasein fördern oder vernichten will, denn auf mein Dasein kommt es wenig an. Diese Auffassung scheint mir auf folgenden Voraussetzungen zu beruhen – wenn ich irre, so weise mich zurecht; aber ich glaube, in Deinen Blättern und Schriften die Bestätigung zu finden:
1. Stamm und Blut trennen
 2. Es gibt edleren und unedleren Stamm, edleres und unedleres Blut
 3. Das unedlere Blut hat auf deutschem Boden kein unbedingtes, unerschütterliches Heimatrecht. Ich nehme zu diesen Sätzen keine Stellung. Ich achte sie als ehrliche Meinung ehrlicher und guter Menschen, die überdies Deine Freunde sind (...) Aber ich erkenne diese Meinung nicht als die meine an. Nicht, weil sie mein Dasein aufhebt – das ist kein Grund –, sondern weil mein Fühlen und Denken ihr widerspricht. Ich habe und kenne kein anderes Blut als deutsches, keinen anderen Stamm, kein anderes Volk als deutsches. Vertreibt man mich von meinem deutschen Boden, so bleibe ich deutsch, und es ändert sich nichts. Du sprichst von meinem Blut und Stamm, selbst einmal von meinem Volk, und meinst die Juden. Mit ihnen verbindet mich das, was jeden Deutschen mit ihnen verbindet, die Bibel, die Erinnerung und die Gestalten des Alten und Neuen Testaments. Meine Vorfahren und ich selbst haben sich von deutschem Boden und deutschem Geist genährt und unserem, dem deutschen Volk erstattet, was in unseren Kräften stand. (...) Ich bin der Überzeugung, dass Glaube, Sprache, Geschichte und Kultur hoch über den physiologischen Dingen der Blutmischung schwebt und sie ausgleicht. Ich glaube, dass die göttliche Seele in jedem menschlichen Geiste schwebt und ihn empor trägt zu einer Schicht, in der das Materielle zum Staube wird. Ich glaube an eine Gottheit, der wir alle mit gleichen Kräften zustreben..." (Walter Rathenau, Ein preußischer Europäer. Hrsg. v. M. v. Eynern. Berlin 1955, S. 145ff).

4. Die Zeit des Nationalsozialismus'

Für den 10. März 1933 findet sich im Tagebuch Victor Klemperers, der zu diesem Zeitpunkt Professor für Romanistik an der Technischen Hochschule Dresden war, folgender Eintrag. Er bezieht sich auf die letzte Reichstagswahl Anfang März 1933, die, gut einen Monat nach Hitlers Machtantritt, schon in einer Atmosphäre der Einschüchterung stattfand.

„30. Januar: Hitler Kanzler. Was ich bis zum Wahlsonntag, 5.3., Terror nannte, war mildes Prélude (Vorspiel) ... Acht Tage vor der Wahl die plumpe Sache des Reichstagsbrandes ... Dann die wilden Verbote und Gewalttätigkeiten. Und dazu durch Straße, Radio, etc. die grenzenlose Propaganda. Am Sonnabend, den 4., hörte ich ein Stück der Hitlerrede aus Königsberg. Eine Hotelfront am Bahnhof, erleuchtet, Fackelzug davor, Fackelträger auf den Balkons und Lautsprecher. Ich verstand nur einzelne Worte. Aber der Ton! Das salbungsvolle Gebrüll ... Am Sonntag wählte ich den Demokraten ... Dann der ungeheure Wahlsieg der Nationalsozialisten ... Und alle Gegenkräfte wie vom Erdboden verschwunden ... Wie lange werde ich noch im Amt sein?“
Zu Recht sollte sich Klemperer die bange Frage stellen. Er selbst wurde zwei Jahre später wegen seiner jüdischen Herkunft aus seinem Amt entlassen. Viele andere hatten schon infolge des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom April 1933 ihren Beruf verloren.

Bis 1933 war das europäische Judentum immer wieder der antisemitischen Propaganda und den gewalttätigen Aktionen extrem nationalistischer Gruppen ausgesetzt, aber dadurch konnten ihre Grundrechte und gesellschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten nicht entscheidend eingeschränkt werden. Angesichts der „modernen Zeiten“ sah man sich sogar eher verstärkt auf dem Wege der Gleichberechtigung. Nun aber wurde der Antisemitismus, bislang in Westeuropa meist nur Propaganda, in Deutschland zur staatlichen Politik erhoben. Dies markiert den grundlegenden Einschnitt. Es folgte eine zunehmende gesellschaftliche Ausgrenzung der knapp 500000 deutschen Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens, die weniger als ein Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten:



*Propaganda-Plakat 1937
Quelle: Süddeutscher Verlag*

- **April 1933:** Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte
- **7. April 1933:** Wiederherstellung des Berufsbeamtentums
- **22. September 1933:** Reichskulturkammergesetz mit Berufsverbot für jüdische Schriftsteller und Künstler – es folgt im Oktober ein Arbeitsverbot für Redakteure und Schriftleiter
- **15. September 1935:** „Nürnberger Gesetze“ – Verlust des Staatsbürgerrechts und Verbot von Ehen zwischen Nichtjuden und Juden
- **Seit Sommer 1935** finden sich regional unterschiedlich an Ortseingängen, Restaurants, öffentlichen Einrichtungen (Schwimmbäder z. B.) vermehrt Schilder mit der Aufschrift „Juden unerwünscht“ – kurzfristig wird diese Form der Diskriminierung während der Olympiade 1936 aus Angst vor internationalen Protesten zurückgenommen
- **14. November 1935:** Verordnung zum „Reichsbürgergesetz“ mit Aberkennung des Wahlrechts und der öffentlichen Ämter - Entlassung aller im Amt verbliebenen Beamten, auch der ehemaligen Teilnehmer des Ersten Weltkriegs, der so genannten „Frontkämpfer“
- **17. August 1938:** Einführung der Zwangsvornamen „Israel“ und „Sara“
- **9./10. November 1938:** der Novemberpogrom – Zerstörung von Synagogen, Geschäftshäusern, Privatwohnungen. Fast 100 ermordete jüdische Bürger und ca. 25.000 in Lager eingewiesene männliche Juden
- **In der Folge weitere Erlasse:** Verbot aller kulturellen Veranstaltungen - Einschränkung der Wohnfreiheit – „Arisierung“ jüdischer Geschäfte: d. h. Zwangsenteignung bzw. Verkaufsgebot unter Wert - Entzug des Führerscheins - jüdische Schüler und Schülerinnen müssen öffentliche Schulen verlassen
- **September 1939:** Ausgangssperre für Juden und Jüdinnen – im Sommer ab 21.00 Uhr, im Winter ab 20.00 Uhr
- **23. September 1939:** Beschlagnahme von Rundfunkgeräten
- **September 1941:** Jüdische Bürgerinnen und Bürger, einschließlich der Kinder, müssen einen gelben Stern sichtbar auf der Kleidung tragen
- **17. Oktober 1941:** Beginn der Deportationen aus dem Reichsgebiet nach Osten
- **22. Oktober 1941:** Auswanderungsverbot für Juden und Jüdinnen

- **20. Januar 1942:** Wannsee-Konferenz – Entscheidung über die planmäßige Vernichtung des europäischen Judentums
- **Ab Juni 1942:** Beginn der Massenvernichtung in Auschwitz und anderen Lagern (vgl. dazu Christopher R. Browning, Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939 – 1942. Berlin 2003). Sie wurde als Kriegsziel mit großem Aufwand bis kurz vor Kriegsende durchgeführt.

Der nationalsozialistische Antisemitismus nutzte die gängigen Vorurteile und instrumentalisierte sie zunächst für die Innen- und Außenpolitik des Deutschen Reiches, dann für die Kriegspolitik und Kriegsorganisation. An den entsprechenden Äußerungen der Führungsclique (Hitler, Goebbels, Himmler ...) wird besonders deutlich, wie stark der NS-Antisemitismus von der fanatischen und irrationalen Zwangsvorstellung geprägt war, dass der Jude der Erbfeind der arischen Rasse sei. Die Deutschen stünden in einem Abwehrkampf, der sich gleichzeitig gegen die dekadente, jüdisch geprägte, westlich-kapitalistische Zivilisation zu wenden habe wie gegen das noch bedrohlichere „Barbarentum“ des jüdischen Bolschewismus und Kommunismus. Dass dieser NS-Antisemitismus seine totale Gewalt entfalten konnte, lag wiederum daran, dass er bedenkenlos die Möglichkeiten moderner technokratischer Rationalität einsetzte und bis zum Ende auf eine willfährige oder eingeschüchterte Bevölkerungsmehrheit zählen konnte. Hier liegt auch die große Mitverantwortung der Kirchen, die mit ihrer anti-judaistischen und antisemitischen Tradition, die selbst in der Bekennenden Kirche seit Beginn der NS-Herrschaft dem wachsenden Unheil keinen wirkungsvollen Widerstand entgegengesetzt hat und bei den jedermann sichtbaren Verbrechen wie z. B. der Reichspogromnacht als Institution keine deutliche Stimme des Protestes erhob. Nur Einzelne innerhalb der Bekennenden Kirche bildeten hier eine Ausnahme: u.a. Karl Barth, Dietrich Bonhoeffer, Helmut Hesse, der Prediger in Buchenwald, Paul Schneider.

5. Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg

Als mit der Befreiung der Konzentrations- und Vernichtungslager und dem Ende der Naziherrschaft das ganze Ausmaß der Schoa bekannt wurde, wurde der programmatische Antisemitismus als ideologische Konzeption wie als politisches Programm vollkommen geächtet. Es gehörte zum politischen Selbstverständnis der Nachkriegsstaaten Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich, dass man sich offiziell vehement vom Antisemitismus distanzierte. Das „Wiedergutmachungsabkommen“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel 1952 und das damit verbundene offizielle Schuldbekenntnis wurden sowohl für das Verhältnis der beiden Staaten zueinander als auch für die Zukunft der jüdischen Gemeinden in Deutschland als Grundlage eines Neuanfangs gesehen. Gleichwohl diente das Abkommen vielen Deutschen als „Beruhigung des Gewissens“ in der Ära des Vergessens in den 50er und frühen 60er Jahren. Öffentliche antisemitische Äußerungen sowie die Darstellung oder das Tragen von NS-Symbolen stehen seitdem unter Strafe. Wer mit antisemitischen Klischees spielt, muss sich öffentlich dafür verantworten. In Bildung und Schule werden seit den 70er Jahren große Anstrengungen unternommen, über die verbrecherische Wirkungsgeschichte des Antisemitismus aufzuklären.

Innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland steht das ‚Stuttgarter Schuldbekenntnis‘ vom Oktober 1945 am Anfang einer noch zaghaften kritischen Aufarbeitung der Vergangenheit. Allerdings blieb dieses frühe Schuldbekenntnis sehr allgemein auf das generelle Leid bezogen, was die Deutschen anderen Völkern zugefügt hatten. Die Verfolgung und Ermordung der Juden geschweige denn eine Mitverantwortung und Schuld der Christen wurden nicht konkret angesprochen oder bekannt. Dies änderte sich erst mit der EKD-Synode in Berlin-Weißensee 1950, wo es heißt: „Wir sprechen es aus, dass wir durch Unterlassen und Schweigen vor dem Gott der Barmherzigkeit mitschuldig geworden sind an dem Frevel, der durch Menschen unseres Volkes an den Juden begangen worden ist. (...) Wir glauben, dass Gottes Verheißung über dem von ihm erwählten Volk Israel auch nach der Kreuzigung Jesu Christi in Kraft geblieben ist.“

(EKD-Studie "Christen und Juden II", 1984 S.9)
Die Aussage von der bleibenden Erwählung des Volkes Israel setzte einen Prozess der Neubestimmung bezüglich des Verhältnisses von Kirche und Judentum in Gang, der allerdings in Bezug auf die theologischen Konsequenzen (Judenmission, Substitutionslehre, Messiasbekenntnis, Kirchenverständnis und Verständnis vom Bund) äußerst langsam und kontrovers verlief. Es dauerte 25 Jahre, bis mit der EKD-Studie „Christen und Juden“ von 1975 die Arbeit an einer Neubestimmung des Verhältnisses auch öffentlich auf eine neue Grundlage gestellt wurde, bei der das Gemeinsame erstmals stärker betont wurde als dies bislang der Fall war. Schließlich wurde mit der bahnbrechenden Erklärung „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland im Jahr 1980 eine produktive Arbeit angestoßen, in deren Verlauf nicht nur die gesellschaftspolitische Übernahme einer besonderen Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk betont, sondern zugleich auch zu einer grundlegenden theologischen Umkehr und Erneuerung aufgerufen wurde. Damit war die eindeutige Zielvorstellung verbunden, dass sich die Kirche von allen antijudaistischen Spuren in ihrem Grundverständnis, in Gottesdienst und Lehre trennen und entsprechend ihre Kirchenverfassungen ändern sollte. Deutlicher als zuvor wurde auch das Bekenntnis christlicher Mitverantwortung und Schuld an der Schoa ausgesprochen. Dies schloss sowohl das Versagen angesichts der Judenverfolgung während des Nationalsozialismus als auch das Bewusstsein, dass Theologie und Kirche an der langen Geschichte der Entfremdung und Feindschaft gegenüber den Juden aktiv beteiligt waren, ein (EKD-Studie „Christen und Juden II“, 1984 S. 17).

Heute ist die deutsche Öffentlichkeit sensibler, antisemitische und neonazistische Traditions- und Tatbestände aufzuspüren. Noch verstärkt hat sich der öffentlich verantwortungsvolle Umgang mit der deutschen Geschichte nach der Wiedervereinigung mit dem Ziel, den international für kurze Zeit spürbaren Ängsten in Israel und bei den ehemaligen Kriegsgegnern vor einem wiedervereinten Deutschland erfolgreich ein neues Deutschlandbild entgegenzusetzen. Heute signalisiert eine ausgeprägte Gedenkkultur, für die der 27. Januar und das Holocaustmahnmal in

Berlin stellvertretend stehen mögen, die bewusste Übernahme der Verantwortung für die Verbrechen- und Schuldgeschichte während des Nationalsozialismus in die neue nationale Identität. Dieses Selbstverständnis prägte auch die zahlreichen Veranstaltungen anlässlich des 40. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel 2005 (Vgl. dazu u.a. Sonderheft „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 15/2005 - 11.04.2005 „Deutschland und Israel“ – Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“).

Gleichwohl ist der Antisemitismus als vorurteilsbeladene Einstellung mit dem Ende der Nazi Herrschaft nicht verschwunden. Einzelvorgänge, wie die unter Verweis auf ihre antisemitische Tendenz verfügte Auflösung der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) durch das Bundesverfassungsgericht 1952, machten dies schon früh deutlich (vgl. dazu Klaus-Henning Rosen, Vorurteile im Verborgenen. Zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Herbert A. Strauss/Norbert Kampe, Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust. Bonn 1985, S. 256 – 279, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 213). Unter dem Deckmantel des Verstummens und der Verdrängung blieb der Antisemitismus als ideologische und mentale Strömung zunächst meist ‚zugedeckt‘, bis er durch Schändungen jüdischer Friedhöfe und Synagogenschmierereien auch öffentlich wieder in Erscheinung trat.



Friedhof in Babenhausen-Sickenhofen bei Darmstadt (1990), Quelle: EPG

Aufgeschreckt wurde die bundesrepublikanische Gesellschaft erstmals in größerem Umfang durch entsprechende Vorgänge in Köln Weihnachten 1959.

Antisemitische Äußerungen und Schriften rechtsradikaler Parteien und Organisationen, inklusive der publizistisch stets wirksamen Verbreitung von Varianten der Auschwitzlüge, gehören seitdem wieder zum Alltag der Bundesrepublik und beschäftigen wellenartig Öffentlichkeit und Verfassungsschutz. In trauriger Regelmäßigkeit belegen Umfragen des SPIEGEL oder des Allensbach-Instituts ein deutliches Potenzial antisemitischer Einstellungen innerhalb der Bevölkerung (vgl. die umfangreiche Untersuchung in „Spiegel Spezial“ „Juden und Deutsche“, Nr. 2/1992, S.61 – 73).

Hinzu traten bis in die jüngste Zeit Äußerungen von Politikern demokratischer Parteien und anderer Personen des öffentlichen Lebens, die sich bewusst oder unbewusst antisemitischer Denkmuster bedienen oder sich als Vertreter einer Schlussstrich-Mentalität zu erkennen gaben.

Deshalb behält die Deutung des Antisemitismus nach der Schoa durchaus ihre Aktualität, die der Publizist Henryk M. Broder 1986 in der Süddeutschen Zeitung veröffentlichte: „Die Juden glauben, nach Auschwitz kann und darf es keinen Antisemitismus mehr geben, die Antisemiten müssten dermaßen erschöpft sein oder wenigstens beschämt sein, dass sie weder die Kraft noch Mut zu neuen Aktionen haben sollten; und die Antisemiten, die keine sein wollen, denken, es genüge, sich von Auschwitz zu distanzieren, die Massenvernichtung von Juden zu verurteilen, um über jeden Verdacht erhaben zu sein. Die Juden übersehen dabei, dass es Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz gibt, weil die Täter permanent an ihre Untaten und zugleich an ihr Versagen erinnert werden; die Antisemiten wiederum vergessen, dass Auschwitz in der Geschichte des Antisemitismus ein atypischer Exzess war, der nicht als Maßstab genommen werden kann, mehr noch, dass die Verurteilung des NS-Antisemitismus notwendige Voraussetzung für die Entfaltung eines Neo-Antisemitismus ist, der sich von Auschwitz nicht von vornherein diskreditieren lassen möchte.“ (H.M. Broder, „Antisemitismus – ja bitte!“ In: Süddeutsche Zeitung vom 18./19.1.1986 Beilage)

Eine für viele überraschende jüdenfeindliche Tendenz entwickelte sich in einigen Gruppierungen und Organisationen, die aus der „Studentenrevolte“ Ende der 60er Jahre hervorgingen. Ihrem marxistischen Selbstverständnis nach ‚links‘ und ‚antifaschistisch‘, hielten sie sich aufgrund ihres kritischen Blicks auf die Vätergeneration und die Zeit des Nationalsozialismus für immun gegen Antisemitismus und Judenfeindschaft. Ursprünglich israelfreundlich eingestellt, entdeckte die radikale Linke nach dem „Sechs-Tage-Krieg“ von 1967 und der Besetzung der Westbank und des Gazastreifens durch Israel das palästinensische Volk als Identifikationsobjekt im vermeintlichen antiimperialistischen Kampf gegen Israel. Bald schon stellte sich heraus, dass politische Israelgegnerschaft unter dem Begriff des „Antizionismus“ und Strukturen traditioneller Judenfeindschaft vielfach nicht getrennt werden konnten.

Inzwischen wird international zwischen einem alten und einem neuen Antisemitismus unterschieden. Die Antisemitismus-Skandale der letzten Jahre, die der ehemalige Grünen-Politiker Karli, der FDP-Politiker Möllemann und der CDU-Politiker Hohmann ausgelöst haben, wurden in Deutschland vor dem Hintergrund der Verbrechen des Nationalsozialismus und der Gefahr einer Relativierung der Schoa gesehen. Aber diese jüngsten Beispiele markieren einen Antisemitismus „neuen Typs“, der nur noch bedingt mit dem eingeübten Muster der so genannten „Vergangenheitsbewältigung“ zu fassen ist und dessen entscheidender Bezugspunkt der Nahostkonflikt geworden ist. Neben dem weiterhin vor allem in der rechten Szene beheimateten „alten Antisemitismus“, wie er sich im Januar 2005 in dem skandalösen Verhalten der NPD Landtagsfraktion im sächsischen Landtag zu erkennen gab, gilt es hinsichtlich des „neuen Antisemitismus“ drei Felder zu unterscheiden:

„1. Die Auseinandersetzung darüber, wo legitime Kritik an israelischer Politik aufhört und eine antisemitisch motivierte Ablehnung der Existenz Israels beginnt. (...) Für die einen zeigen sich hier manifeste Formen eines antizionistisch maskierten Antisemitismus, während die anderen fürchten, dass der Antisemitismusvorwurf zu einer Einschränkung (...) von politischer Meinungsfreiheit führt.

2. Die Frage nach dem Antisemitismus der Linken (...) Welche Rolle spielt der kommunistische Antizionismus, der ja von Moskau über Jahrzehnte weltweit propagiert wurde? Inwieweit sind bestimmte Formen von linker Kritik an Kapitalismus und Globalisierung, an Imperialismus und amerikanischer Vorherrschaft zumindest kompatibel mit antisemitischen Grundeinstellungen und Weltbildern? Gibt es da Affinitäten, ja, vielleicht sogar Gemeinsamkeiten?

3. Die Frage nach der Verbreitung des Antisemitismus in der islamischen Welt. Dass der klassische Antisemitismus mit seinen Topoi vom jüdischen Ritualmord und dem jüdischen Streben nach Weltherrschaft in arabischen Ländern weit verbreitet ist (und auch durch staatliche Medien verbreitet wird), dafür gibt es eine Vielzahl von Belegen. Diese ursprünglich aus Europa importierten Vorstellungen fließen durch Immigration offenkundig wieder nach Europa zurück. Das Ausmaß dieses Antisemitismus und seine Bewertung sind jedoch umstritten. Während die einen die Schärfe des Nahostkonflikts auch dadurch erklären, dass die arabische Seite den Konflikt mit antisemitischen Bildern aufgeladen hat, sehen die anderen diesen Antisemitismus im wesentlichen als temporäres Nebenprodukt des realen Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern, und, in Bezug auf Westeuropa, als Ergebnis sozialer und ethnischer Spannungen in Ländern, die von Juden Hass und Islamophobie nicht frei sind.“ (Neuer Antisemitismus ? Eine globale Debatte. Hg. Doron Rabinovici, Ulrich Speck und Nathan Sznajder. Frankfurt a.M. 2004 (edition suhrkamp 2386), hier S. 9f)

C. Die Synodalerklärung vom 11. Januar 1980: Erklärung zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden

Nicht du trägst die Wurzel, sondern die Wurzel trägt dich. (Römer 11, 18 b)

1. In Übereinstimmung mit dem „Wort an die Gemeinden zum Gespräch zwischen Christen und Juden“ der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland vom 12. Januar 1978 stellt sich die Landessynode der geschichtlichen Notwendigkeit, ein neues Verhältnis der Kirche zum jüdischen Volk zu gewinnen.
2. Vier Gründe veranlassen die Kirche dazu:
 - (1) Die Erkenntnis christlicher Mitverantwortung und Schuld an dem Holocaust, der Verfemung, Verfolgung und Ermordung der Juden im Dritten Reich.
 - (2) Neue biblische Einsichten über die bleibende heilsgeschichtliche Bedeutung Israels (z. B. Röm. 9-11), die im Zusammenhang mit dem Kirchenkampf gewonnen worden sind.
 - (3) Die Einsicht, dass die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sind.
 - (4) Die Bereitschaft von Juden zu Begegnung, gemeinsamem Lernen und Zusammenarbeit trotz des Holocaust.
3. Die Landessynode begrüßt die Studie „Christen und Juden“ des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und die ergänzenden und präzisierenden „Thesen zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ des Ausschusses „Christen und Juden“ der Evangelischen Kirche im Rheinland.

Die Landessynode nimmt beide dankbar entgegen und empfiehlt allen Gemeinden, die Studie und die Thesen zum Ausgangspunkt einer intensiven Beschäftigung mit dem Judentum und zur Grundlage einer Neubesinnung über das Verhältnis der Kirche zu Israel zu machen.

4. Deshalb erklärt die Landessynode:

- (1) Wir bekennen betroffen die Mitverantwortung und Schuld der Christenheit in Deutschland am Holocaust.
- (2) Wir bekennen uns dankbar zu den „Schriften“ (Lk. 24, 32 und 45; 1. Kor. 15, 3 f.), unserem Alten Testament, als einer gemeinsamen Grundlage für Glauben und Handeln von Juden und Christen.
- (3) Wir bekennen uns zu Jesus Christus, dem Juden, der als Messias Israels der Retter der Welt ist und die Völker der Welt mit dem Volk Gottes verbindet.
- (4) Wir glauben die bleibende Erwählung des jüdischen Volkes als Gottes Volk und erkennen, dass die Kirche durch Jesus Christus in den Bund Gottes mit seinem Volk hineingenommen ist.
- (5) Wir glauben mit den Juden, dass die Einheit von Gerechtigkeit und Liebe das geschichtliche Heilshandeln Gottes kennzeichnet. Wir glauben mit den Juden Gerechtigkeit und Liebe als Weisungen Gottes für unser ganzes Leben. Wir sehen als Christen beides im Handeln Gottes in Israel und im Handeln Gottes in Jesus Christus begründet.
- (6) Wir glauben, dass Juden und Christen je in ihrer Berufung Zeugen Gottes vor der Welt und voreinander sind; darum sind wir überzeugt, dass die Kirche ihr Zeugnis dem jüdischen Volk gegenüber nicht wie ihre Mission an die Völkerwelt wahrnehmen kann.
- (7) Wir stellen darum fest: Durch Jahrhunderte wurde das Wort „neu“ in der Bibelauslegung gegen das jüdische Volk gerichtet: Der neue Bund wurde als Gegensatz zum alten Bund, das neue Gottesvolk als Ersetzung des alten Gottesvolkes verstanden. Diese Nichtachtung der bleibenden Erwählung Israels und seine Verurteilung zur Nichtexistenz haben immer wieder christliche Theologie, kirchliche Predigt und kirchliches Handeln bis heute gekennzeichnet. Dadurch haben wir uns auch an der physischen Auslöschung des jüdischen Volkes schuldig gemacht.

Wir wollen deshalb den unlösbaren Zusammenhang des Neuen Testaments mit dem Alten Testament neu sehen und das Verhältnis von "alt" und "neu" von der Verheißung her verstehen lernen: als Ergehen der Verheißung, Erfüllen der Verheißung und Bekräftigung der Verheißung; „Neu“ bedeutet darum nicht die Ersetzung des „Alten“. Darum verneinen wir, dass das Volk Israel von Gott verworfen oder von der Kirche überholt sei.

(8) Indem wir umkehren, beginnen wir zu entdecken, was Christen und Juden gemeinsam bekennen:

Wir bekennen beide Gott als den Schöpfer des Himmels und der Erde und wissen, dass wir als von demselben Gott durch den aaronitischen Segen Ausgezeichnete im Alltag der Welt leben.

Wir bekennen die gemeinsame Hoffnung eines neuen Himmels und einer neuen Erde und die Kraft dieser messianischen Hoffnung für das Zeugnis und das Handeln von Christen und Juden für Gerechtigkeit und Frieden in der Welt.

5. Die Landessynode empfiehlt den Kreis-synoden die Berufung eines Synodalbeauftragten für das christlich-jüdische Gespräch.

Die Landessynode beauftragt die Kirchenleitung, erneut einen Ausschuss „Christen und Juden“ einzurichten und Juden um ihre Mitarbeit in diesem Ausschuss zu bitten. Er soll die Kirchenleitung in allen das Verhältnis von Kirche und Judentum betreffenden Fragen beraten und Gemeinden und Kirchenkreise zu einem vertieften Verständnis des Neuan-satzes im Verhältnis von Juden und Christen verhelfen.

Die Landessynode beauftragt die Kirchenleitung, zu prüfen, in welcher Form die Evangelische Kirche im Rheinland eine besondere Mitverantwortung für die christliche Siedlung Nes Ammim in Israel so übernehmen kann, wie dies andere Kirchen (z. B. in den Niederlanden und in der Bundesrepublik Deutschland) bereits tun.

Die Landessynode beauftragt die Kirchenleitung, dafür zu sorgen, dass das Thema Christen und Juden in der kirchlichen Aus-, Fort-, und Weiterbildung angemessen berücksichtigt wird.

Die Landessynode hält es für wünschenswert, dass an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal und an der Gesamthochschule Wuppertal ein regelmäßiger Lehrauftrag mit der Thematik „Theologie, Philosophie und Geschichte des Judentums“ wahrgenommen wird, und bittet die Kirchenleitung, in diesem Sinne mit der Kirchlichen Hochschule Wuppertal und mit der Gesamthochschule Wuppertal zu verhandeln.

D. Eine Checkliste für Gemeinde und Schule

Im Kontext der Antisemitismusdebatte ist es für Gemeinden und Schulen hilfreich zu überprüfen, inwieweit das Thema Judentum im Allgemeinen und der Antisemitismus als Thema im Besonderen in der eigenen Arbeit vorkommen:

• In der Gemeinde

- Ist die Synodalerklärung von 1980 und die Erweiterung des Grundartikels von 1996 in der Gemeinde bekannt?
- Pfl egt die Gemeinde Kontakte zur jüdischen Gemeinde vor Ort?
- Beteil igen sich Mitglieder der Gemeinde an Gedenkfeiern zur Pogromnacht 1938 und wird angemessen darauf aufmerksam gemacht?
- Gibt es in der Nähe wichtige Erinnerungsorte, an deren Pflege die Gemeinde teilnehmen kann?
- Reagiert die Gemeinde auf antisemitische Vorfälle in der eigenen Region?
- Welcher/Was von den genannten Punkten spiegelt sich in den Veröffentlichungen der Gemeinde?

• In der Gottesdienstarbeit

- Wird in der Gemeinde reflektiert, was verantwortliches Reden und Handeln im Angesicht Israels bedeutet?
- Fließen Erkenntnisse des christlich-jüdischen Gesprächs in Predigt und Liturgie ein?
- Wird der 10. Sonntag nach Trinitatis bewusst als Israelsonntag gefeiert?

• In Gesprächskreisen/in der Erwachsenenbildung

- Wird in den Gruppen und Kreisen der Gemeinde das Judentum thematisiert?
- Wird in den Gruppen und Kreisen der Gemeinde solides Grundwissen über Judentum vermittelt?

• In der Konfirmandenarbeit

- Kommt im KU eine Einheit zum Thema Judentum vor?
- Wird das Judesein Jesu im KU thematisiert?
- Wird eine Synagoge besichtigt?

• Im Religionsunterricht

- Wird im Curriculum des RU das Judentum thematisiert?
- Wird im Curriculum des RU solides Grundwissen über Judentum vermittelt?
- Fließen Erkenntnisse des christlich-jüdischen Gesprächs in die Vermittlung zentraler Themen des RU?
- Pfl egt die Schule Kontakte zur jüdischen Gemeinde vor Ort oder in der Region?
- Gibt es eine (Schul)Partnerschaft mit einer Einrichtung in Israel?
- Gibt es in der Nähe wichtige Erinnerungsorte, an deren Pflege die Schule teilnehmen kann?
- Beteil igt sich die Schule an historischen „Spurensuche-Projekten“ oder "Gedenkbüchern"?
- Werden Gedenktage wie der 27. Januar (Erinnerungstag an die Opfer der Schoa) oder der 9. November (Pogromnacht 1938) im Schulleben berücksichtigt?
- Gibt es fächerübergreifende Unterrichtseinheiten/ Projektunterricht/ Projektwochen zum Thema?
- Was tut die Schule gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit – ist dies Teil des Schulprogramms?
- Trägt die Schule einen Namen, an den man anknüpfen kann (Anne Frank, Dietrich Bonhoeffer u.a.)
- Gibt es Kontakte zum Projekt „Schule ohne Rassismus“ (siehe Internet-Adressen) und/oder evtl. zu ausländischen Schulen (Nachbarschaft zu den Niederlanden, Belgien, Frankreich)?

E. Literaturangaben und Internetadressen

Literatur in Auswahl

Wolfgang Benz, Was ist Antisemitismus?, München 2004

Jörn Böhme, Tobias Kriener, Christian Sterzing, Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts, Schwalbach/Ts., 2005

Wolfgang Borchardt/Reinhardt Möldner (Hg.), Jüdisches Leben in christlicher Umwelt, Cornelsen-Verlag 1997

Günther B. Ginzler, Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute, Bielefeld 1991

Hans Hermann Henrix und Wolfgang Kraus (Hg.), Die Kirchen und das Judentum, Bd. II, Paderborn und Gütersloh 2001

Jüdisches Museum Wien (Hg.), Die Macht der Bilder. Antisemitische Vorurteile und Mythen, Picus Verlag, 1995

Michael Kiefer, Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes, Verein zu Förderung gleichberechtigter Kommunikation, Düsseldorf 2002

Stephan Lehr, Antisemitismus – religiöse Motive im sozialen Vorurteil, Abhandlungen zum jüdisch-christlichen Dialog, (Hg.) Helmut Gollwitzer, Bd. 5, München 1974

Bernhard Lewis, „Treibt sie ins Meer“. Die Geschichte des Antisemitismus, Frankfurt a.M./Berlin 1987

Léon Poliakov, Geschichte des Antisemitismus, 8 Bände, Worms 1977

Doron Rabinovici, Ulrich Speck, Natan Sznajder (Hg.), Neuer Antisemitismus, Frankfurt a. M. 2004

Rolf Rendtorff und Hans Hermann Henrix (Hg.), Die Kirchen und das Judentum, Bd. I, Paderborn und München 1988

Lars Rensmann, Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2004

Stefan Rohrbacher und Michael Schmidt, Judenbilder. Kulturgeschichte antijüdischer Mythen und antisemitischer Vorurteile, Hamburg 1991 (rowohlt's enzyklopädie: re k+i 498)

Rosemary Radford-Ruether, Nächstenliebe und Brudermord. Die theologischen Wurzeln des Antisemitismus, Abhandlungen ..., Bd. 7, München 1978

Rosemarie Schuder, Rudolf Hirsch (Hg.), Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirkungen des Judenhasses in der deutschen Geschichte, Köln 1988

Monika Möller, Gerda E.H. Koch, Warum Anne Frank sterben musste. Entwicklung und Formen christlicher Judenfeindschaft, Unterrichtsmaterialien „Religion betrifft uns“, Heft 5/2004, Aachen

Henryk M. Broder, Der Ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, Frankfurt a.M. 1986

Hürtgen G., Mick, E., Juden in Köln, Arbeitshefte 1-3, Museumsdienst Köln 2003

Gedenkstättenfahrten. Handreichung für Schule, Jugend- und Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen, Schwalbach/Ts. 2004

Klaus Ahlheim, Bardo Heger, Die unbequeme Vergangenheit. NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeiten des Erinnerens, Schwalbach/Ts. 2003

Rechtes Netz. Rechtsextremismus im Internet. Projekt Rechtsextremismus der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (Hg.), Köln 2005

Monika Grübel, Georg Möllich (Hrsg.), Jüdisches Leben im Rheinland, Köln 2005

Internetadressen in Auswahl

Unter den Internetadressen finden sich viele Anregungen sowie hilfreiche Verweise für die Weiterarbeit in Schulen, Gemeindegruppen und in der Erwachsenenbildung:

www.hagalil.com

www.antisemitismus.net

www.tu-berlin.de/zfa/
(Zentrum für Antisemitismus-Forschung)

www.juden.de

www.talmud.de

www.doronia.de/juedische_gemeinden_in_deutschland.htm
(Jüdische Gemeinden in Deutschland)

www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/ijs/
(Institut für jüdische Studien an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf)

www.zentralratjuden.de/de/topic/1.html
(Zentralrat der Juden in Deutschland)

www.nesammim.de/
(Nes Ammin Deutschland)

www.nswas.org/rubrique41.html
(Neve Shalom/Wahat al-Salam)

www.projekte-gegen-antisemitismus.de/
(Eine Initiative der Amadeu Antonio Stiftung)

<http://www.schule-ohne-rassismus.org/>
(Schule ohne Rassismus)

www.krasse-zeiten.org/
(Dokumentation von antisemitischen und rechtsextremen Vorfällen in Deutschland)

F. Einige hilfreiche Adressen

Studienstelle Christen und Juden

Graf-Recke-Straße 209a
40237 Düsseldorf
Telefon 02 11 36 10 - 310

Arbeitsbereich Christen und Juden in der Kirchlichen Lehrerfortbildung

Pädagogische Akademie der Gemeinschaft evangelischer Erzieher e.V. und Nes Ammim e.V. im Auftrag der Evangelischen Kirche im Rheinland:
Bergesweg 16
40489 Düsseldorf
Telefon 02 11 40 59 750

Bundeszentrale für politische Bildung

Adenauerallee 86
53113 Bonn
Telefon 018 88 51 50
E-Mail info@bpb.de
www.bpb.de/

Landeszentralen für politische Bildung Nordrhein-Westfalen

Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
Telefon 02 11 86 18 - 46 11
E-Mail info@politische-bildung.nrw.de
www.politische Bildung.nrw.de

Rheinland-Pfalz

Am Kronberger Hof 6
55116 Mainz
Telefon 061 31 16 29 70
Fax 061 31 16 29 80
E-Mail lpb.zentrale@politische-bildung-rlp.de

Saarland (LPM)

Beethovenstraße 26
66125 Saarbrücken
Telefon 068 97 79 08 104
Fax 068 97 79 08 177
E-Mail lpb@pegasus.lpm.uni-sb.de

Mahn- und Gedenkstätten

www.ns-gedenkstaetten.de/nrw/index_startseite_de.html

Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf
Mühlenstraße 29
40213 Düsseldorf
Telefon 02 11 89 96 - 205
www.ns-gedenkstaetten.de/nrw/duesseldorf/index_2.php3

Autorinnen und Autoren

Peter Andersen, Düsseldorf
Dr. Rolf Kauffeldt, Düsseldorf
M.A. Gerda E.H. Koch, Düsseldorf
Dr. Tobias Kriener, Düsseldorf
Klaus Rudolph, Düsseldorf

IMPRESSUM

Evangelische Kirche im Rheinland
Landeskirchenamt/Abtlg. III
Hans-Böckler-Straße 7
40476 Düsseldorf
Fon (02 11) 45 62 – 404
Fax (02 11) 45 62 – 561
E-Mail wilfried.neusel@ekir-lka.de
www.ekir.de

Download der Broschüre

www.ekir.de ► unter Service ► Dokumente

Redaktionelle Bearbeitung

Peter Andersen, Eva Schüler

Gestaltung/Produktion

art work shop, Düsseldorf